



Infobrief

des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik Nr. 08 – November 2010

Inhalt	Seite
EDITORIAL	02
IV. Jugendaktivistentreffen	
Bericht vom IV. Jugendaktivistentreffen	03
Drüben, auf der anderen Seite	04
Kundgebung auf den Landungsbrücken	06
Referat: In welcher Phase befindet sich die Weltwirtschaftskrise	08
Referat: Die Strukturreform der Bundeswehr	10
Referat: Was ist die Alternative?	16
Thesen aus den drei Referaten	18
AKTIONEN gegen den Notstand der Republik	
Internationale Antikriegsaktion Klassenkampf statt Weltkrieg	19
Bundeswehreinsatz im Wendland	21
Aktion in Köln - Bundeswehr raus aus den Schulen	22
MATERIAL zum Notstand der Republik	
Übersicht Anhang	23
Dokumente und Flugblätter	ANH ANG

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de • Mail: info@Jugendkongress-NdR.de
Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser

Aktionszug gegen den Notstand der Republik



Der Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress - Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik. In der auf dem Kongress verabschiedeten Erklärung haben wir die wichtigsten Maßnahmen aufgezählt:

- *„die verfassungswidrige Zentralisierung von Polizeien und Geheimdiensten, wie z.B. im Gemeinsamen Terrorismus Abwehrzentrum*
- *den Einsatz der Bundeswehr im Inland, sowie die Militarisierung der Gesellschaft, speziell durch die flächendeckende Einführung des Heimatschutzes, durch den die Reservisten der Bundeswehr in sogenannten Verbindungskommandos organisiert werden und zahlreiche zivile Verbände und Hilfsorganisationen unter das Kommando der Bundeswehr gestellt werden*
- *und nicht zuletzt die Entrechtung großer Teile der Bevölkerung durch die Hartz-Gesetze.“**

Wir zogen daraus folgenden Schluss:

„Wir verurteilen sie, weil durch sie nicht nur der Krieg gegen das eigene, sondern vor allem auch der Krieg gegen andere Völker vorbereitet wird.“*

Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen. Wir richteten den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein, organisierten Demonstrationen, veranstalteten große Aktivistentreffen, führten einen Aktionstag in zwölf Städten durch und noch vieles mehr.

Seitdem wir diesen Kampf begonnen haben, hat sich der Notstand der Republik weiter verschärft. ABER (so schreiben wir in unserer zweiten Erklärung im Februar 2008):

„Das ist für uns kein Grund zu verzagen, im Gegenteil: Das ist die direkte Aufforderung der BRD-Reaktion an uns, den Kampf gegen sie weiter zu führen und zu verbreitern! Jetzt erst recht! Ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, West oder Ost: Kampf dem Notstand der Republik!“*

In diesem Sinne arbeiten wir weiter und geben seit Februar 2009 diesen Infobrief heraus, mit dem wir über die aktuelle Entwicklung des Notstand der Republik und über Aktionsmöglichkeiten, sowie interessante Materialien dagegen informieren wollen.

* Die Erklärungen im vollen Wortlaut findet ihr auf unserer Homepage (www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de)

IV. Jugendaktivistentreffen

Vom Freitagabend des 22.10. bis zum 24.10.2010 versammelten sich im Magda-Thürey-Zentrum in Hamburg etwa 30 Jugendliche aus 14 Städten, um sich über den Notstand der Republik auszutauschen.

Am Samstagvormittag begannen wir mit dem Gedankenaustausch. In drei Referaten, die von unseren Mitstreitern aus Regensburg, Hamburg und Köln sehr anschaulich vorgetragen wurden, konnte sich jeder ein Bild von der Krise machen, welche uns die Herrschenden versuchen, als nicht existent zu verkaufen. Im ersten Referat von Jan aus Regensburg wurde beleuchtet, wie die jetzige Situation der Republik ist und erläutert, was es bedeutet, am Anfang einer Depression zu stehen und was nach der Depression folgen könnte. Wir wissen, was auf vergangene Wirtschaftskrisen 1914 und 1939 folgte: Der Erste und Zweite Weltkrieg. Dieses Szenario darf sich nicht wiederholen und muss unbedingt verhindert werden.

Im zweiten Referat von Tanja aus Hamburg wurde die Umstrukturierung der Bundeswehr zum Thema gemacht. Ziel dieser Umstrukturierung ist laut Aussage der Regierung, mit einer Aussetzung der Wehrdienstpflicht angeblich die Größe der Armee zu reduzieren. Diese Regierung lässt im Dunkeln, dass durch die Militarisierung des Katastrophenschutzes die Schlagkraft der Armee schon um etwa 3 Millionen Mitglieder der Katastrophenschutzverbände massiv gesteigert wurde und durch die Ausbildung von militärischen Mitarbeitern in vermeintlich zivilen Verbänden in kürzester Zeit noch weiter erhöht werden kann. Mittlerweile werden schon 13jährige Mitglieder von THW und DRK zu Führungskräften ausgebildet. In Krisensituationen soll möglichst schnell das nötige und fähige Personal bereitstehen, das sich willig dem Kommando der Bundeswehr unterstellt und als Besatzer im Ausland und im Inland gegen „Unruhestifter“ eingesetzt werden kann. All diese Tatsachen werden der Öffentlichkeit vorenthalten.

Und die Militarisierung der Zivilbevölkerung wird fortgesetzt. So soll ein Pflichtjahr für diejenigen Schulabgänger eingeführt werden, die keinen der so wenigen Ausbildungsplätze „er-

gattern“, welche im Auftrag der Herrschenden und durch die Politik der Regierungen so rar geworden sind.

Die derzeitigen Pläne sehen vor, eine Berufsmarine zu bilden, welche entgegen dem Credo vom Soldaten als „Staatsbürger in Uniform“ die (kritische) Öffentlichkeit ausschließen und eine Armee von patriotischen Kampfmaschinen werden soll.

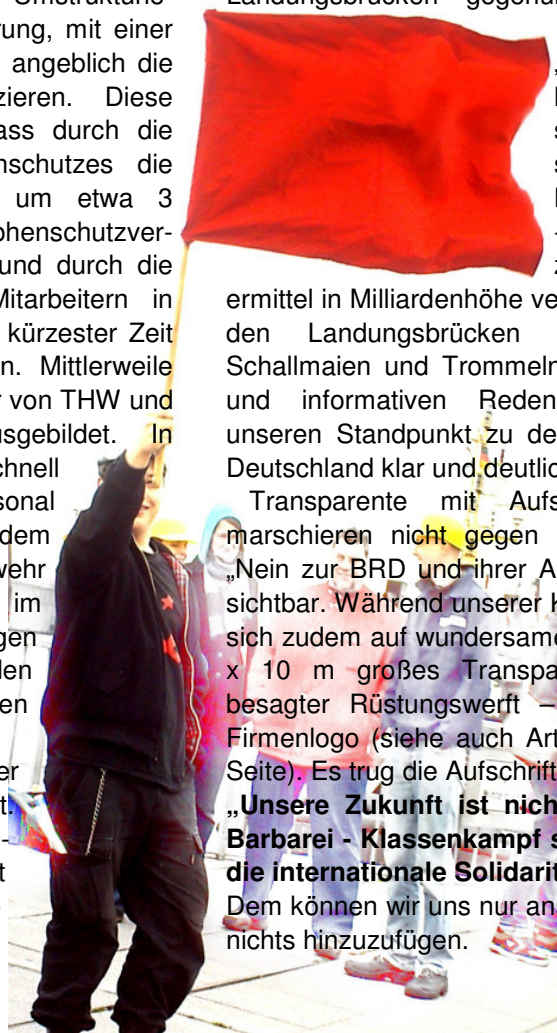
Im dritten Referat von Anna aus Bonn ging es um die Folgen und darum, wie es weiter gehen soll, beziehungsweise was wir tun müssen, um den nächsten großen Krieg zu verhindern: Die Zerschlagung und Überwindung des Imperialismus und Kapitalismus, welcher in Deutschland noch das Sagen hat. Es darf nicht länger so sein, dass wir auf Lager produzieren und die Waren und Produkte dann nicht verkauft werden können; das steigert die Kriegsgefahr und ein weiterer Weltkrieg würde die Welt in Schutt und Asche legen.

Am Samstagnachmittag begaben wir uns schließlich in den Hamburger Hafen auf die Landungsbrücken gegenüber Dock 10 der Rüstungsschmiede „Blohm & Voss“. Hier lassen die Herrschenden Kriegsschiffe für ihre Machtsicherung und -ausweitung produzieren, wofür Steuermittel in Milliardenhöhe verwendet werden. Auf den Landungsbrücken machten wir mit Schallmaien und Trommeln, mit kämpferischen und informativen Reden und Flugblättern unseren Standpunkt zu den Geschehnissen in Deutschland klar und deutlich.

Transparente mit Aufschriften wie „Wir marschieren nicht gegen andere Völker“ und „Nein zur BRD und ihrer Armee“ waren weithin sichtbar. Während unserer Kundgebung entrollte sich zudem auf wundersame Weise ein etwa 10 x 10 m großes Transparent von Dock 10 besagter Rüstungswerft – direkt neben dem Firmenlogo (siehe auch Artikel auf der nächsten Seite). Es trug die Aufschrift:

„Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei - Klassenkampf statt Weltkrieg - Für die internationale Solidarität“

Dem können wir uns nur anschließen und haben nichts hinzuzufügen. (Oli und Tilo)



Drüben, auf der anderen Seite



Blohm&Voss stellt unter anderem – und das nicht unerheblich – Kriegsgerät her und Blohm&Voss fordert „Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei! Klassenkampf statt Weltkrieg! Für die internationale Solidarität!“, wie die Bilder doch klar und deutlich zeigen und das ganze zehn Minuten lang an einem Samstag Nachmittag mitten im Zentrum des Hamburger Hafens – krass!

Aus den Lautsprechern der vorbeischippenden Touristen-Dampfer tönen von „scheinbar protestierenden Werftarbeitern“, die – schaut man genauer hin – auch noch rote Fahnen hissen und was von „Hoch die internationale Solidarität“ oder so ähnlich lauthals von sich geben.

Und was ist da auf der anderen Seite der Elbe los? Eine Ansammlung von Jugendlichen, die irgend was propagieren, auf Stahlfässern

trommeln, Schalmeien spielen und ein Transparent „Wir ziehen nicht gegen andere Völker in den Krieg!“ in die Höhe halten. Und noch weiter dahinter eine mit Blaulicht vorbeirasende Polizeiwanne nach der anderen – scheinbar auf dem Weg zu einer Hausbesetzung. Hysterie? Oder ist gar der Notstand ausgebrochen?

Bleiben wir auf dem Teppich, aber es war ganz schön was los!

Werftarbeiter waren es übrigens (noch) nicht (geschweige denn Blohm&Voss selbst), die dieses Transparent der Öffentlichkeit präsentierten, sondern scheinbar – man weiß es ja auch nicht so genau – protestierende Beschäftigte einer Industriereinigungsfirma, alle in Blauemann und den Vorschriften entsprechend mit Bauhelm.

Aus Sicht eines Touristen auf einem Dampfer zu diesem Zeitpunkt würde man das wohl so

verstehen, dass auch eine Industriereinigungs-firma nicht immer nur reinigen kann, sondern auch mal auf einer der wohl bekanntesten und bedeutendsten Werft kämpferisch die internationale Solidarität mit den Arbeitern und Jugendlichen der Welt bekunden und zum Klassenkampf aufrufen kann (quasi als Weiterbildungsmaßnahme für die Mitarbeiter).

Irgendwann kam dann noch jemand, drei von der Werksfeuerwehr, recht verdattert und unbeholfen.

Wieder etwas später – wie im Dienste eines Werkschutzes – die Aufforderung in perfekter Abstimmung zwischen Polizei und Werksfeuerwehr, das Ding wieder zu entfernen und was da eigentlich drauf stehe, wurde noch gefragt. Doch man regelte es dann doch wie unter Kollegen, rollte das Transparent wieder ein, ging gemeinsam über das Werksgelände und grüßte sich wie selbstverständlich am Ausgang.

Die drei von der Werksfeuerwehr konnten sich einfach nicht erklären, wie die Kollegen von der Industriereinigung durch die Pforten gekommen sind, man sei ja selbst durchgehend an Ort und Stelle gewesen.

Natürlich war es kein Problem für die Genossen der Industriereinigung, auf das Gelände zu kommen und schließlich wäre Blohm&Voss die längste Zeit seines Lebens Werft gewesen, würden sie heute ihre Pforten vor Industriereinigungsfirmen oder morgen vor Schifflackierunternehmen schließen.

Wer was wie wo und wie lange geplant und wer dann konkret mitgemacht hatte, bleibt wohl weiter unbekannt. Das, was man darüber so gehört hat, scheint aber schon zu reichen, um zu sehen, wie machbar und notwendig solche Aktionen sind, möchte man möglichst bald nicht nur behaupten können, es rege sich endlich wieder was gegen die Verhältnisse in diesem Land, sondern viel mehr feststellen können, dass man selbst die Fahne bei der Stange

Pressemitteilung 23. Oktober 2010

Rüstungskonzern Blohm & Voss in der Hand von Antifaschisten

Jugendliche aus der gesamten Republik besetzten heute Dock 10 der Blohm & Voss Werft im Hamburger Hafen. Sie begrüßten eine Kundgebung an den gegenüberliegenden Landungsbrücken mit dem Ruf: Hoch die internationale Solidarität! Damit antworteten sie dem Aufruf der Jugendlichen und Arbeiter der griechischen KKE, die am 4. Mai diesen Jahres die Rote Fahne auf der Akropolis hissten und den Völkern Europas zuriefen:

PEOPLES OF EUROPE RISE UP

Wir haben heute geantwortet:

Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei

Klassenkampf statt Weltkrieg

Für die internationale Solidarität

Wir können nur gemeinsam siegen. Seit an Seit mit den Arbeitern und Jugendlichen der Welt. Der deutsche Imperialismus kriegt uns nicht! Deshalb werden wir Vaterlandsverräter, denn nur dann haben wir eine Zukunft! Und deswegen unterstützen wir auch die internationale Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“ im Mai 2011 (www.himmelschevier.de).

Nie wieder Faschismus

Nie wieder Krieg

Gegen den Notstand der Republik

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

gepackt hat oder viel mehr das Transparent über der Werft gehalten hat, nicht mehr und nicht weniger.

(Jan)



Kundgebung auf den Landungsbrücken

Die „Blohm&Voss“ Werft eignet sich hervorragend, um die Verknüpfung von Wirtschaft, Militär und Politik in deutscher Geschichte und Gegenwart zu studieren. Und an eben dieser Werft entrollte sich am 23. Oktober 2010 ein Transparent und rote Fahnen wurden geschwenkt – fast wie ein Gruß an unsere Kundgebung, die wir gerade auf den Hamburger Landungsbrücken abhielten. Als die Aktivisten den Ruf „Hoch die internationale Solidarität“ anstimmten, wurde er von den Teilnehmern unserer Kundgebung aufgenommen und zurückgegeben.



In Wurfweite zu den Anlagen von „Blohm&Voss“ machten wir in Redebeiträgen und lautstarken Agitprop-Beiträgen (Stahlfasstrommeln, Sprechchören und Musik) auf die zunehmende Aggressivität des deutschen Imperialismus und dessen Kriegskurs nach innen und außen aufmerksam. Die gezeigten Transparente mit den Aufschriften „Nein zur BRD und ihrer Armee“ und „Wir marschieren nicht gegen andere Völker“ und das verteilte Flugblatt machten deutlich, dass der Widerstand dagegen nicht nur bitter nötig, sondern auch möglich ist.



Der erste Redebeitrag einer Hamburger Rechtsanwältin nahm Bezug auf den Hamburger Aufstand von 1923, der fast zeitgleich an diesem Oktoberwochenende vor 87 Jahren stattfand: „Am 20. Oktober durchbrechen tausende Hamburger Erwerbslose die Bannmeile der Innenstadt. Sie fordern Brot und Freiheit. Am 22.10. fordern die Arbeiter der Werft-, Hafen- und Baubetriebe den Generalstreik. Die Werftarbeiter schmeißen als erste die Klamotten hin. Ihnen folgen 27.000 Arbeiter der Hafen- und Lagerhausbetriebe. Am Nachmittag finden in der Innenstadt und am Hafen große Versammlungen statt. Das ist natürlich nicht heute, das war der Beginn des Hamburger Aufstands, heute vor genau 87 Jahren, am 23. Oktober 1923.“



Das war nicht der einzige Redebeitrag, der deutlich machte, dass die hierzulande stattfindenden gesamtgesellschaftlichen Prozesse nicht einfach so vom Himmel gefallen sind und dass es neben dem Treiben der Herrschenden auch immer eine andere deutsche Geschichte gibt – die des Kampfes gegen die bestehenden Verhältnisse.

Die gegenwärtige Situation in der BRD gibt zu denken und sollte zum Handeln auffordern. Wir müssen feststellen, dass die Regierenden an den Grundpfeilern der Demokratie und der bürgerlichen Republik rütteln, dass sie Krieg führen und uns darauf vorbereiten, als

Kanonenfutter für die Interessen von Bank und Monopol andere Völker zu überfallen. Aus diesem Grund hatten wir zu dieser Kundgebung eingeladen und deshalb führten wir an diesem Wochenende ein Treffen in Hamburg durch, an dem junge Kriegsgegner und Antifaschisten aus der ganzen Republik teilnahmen.



Im Zuge dieses Aktivistentreffens und unserer Kundgebung im Hamburger Hafen beleuchteten wir den gegenwärtigen Staatsumbau und die vielgestaltigen Aspekte der zunehmenden Militarisierung der deutschen Gesellschaft und der Jugend. „Die Herrschenden wissen sehr genau um die Notwendigkeit, die Jugend von klein auf auf ihren Kriegskurs einzustimmen“, hieß es in einem Redebeitrag. Und auch der Umbau der Bundeswehr zur Berufsarmee hat augenscheinlich den einen Zweck, marschbereit für den nächsten großen Krieg zu sein. Und wenn wir nicht aktiv werden, wird Bertolt Brecht, wie schon 1939, ein weiteres Mal Recht behalten: „Wenn es zum Marschieren kommt, wissen viele nicht, dass ihr Feind an ihrer Spitze marschiert. Die Stimme, die sie kommandiert, ist die Stimme ihres Feindes. Der da vom Feind spricht ist selber der Feind.“



In der Auseinandersetzung mit Staatsumbau, Kriegsgefahr und Wirtschaftskrise kamen wir zu dem Schluss, dass die Gefahr für den Frieden in der Welt mit der Annexion der DDR und der seitdem größer gewordenen BRD gewachsen ist, was nicht nur mit dem Krieg gegen Jugoslawien offensichtlich wurde. In einem

Redebeitrag wurde festgestellt: „Zwanzig Jahre der Lügen, antikommunistischer Hetze, Kriegsvorbereitung und Staatsumbau – dagegen stehen vierzig Jahre Frieden in Europa, internationaler Solidarität und respektvoller Völkerverständigung.“

Gegen die Kriegsgefahr hilft nur, aufzustehen und Hand in Hand mit den Arbeitern anderer Länder den Kriegstreibern in den Arm zu fallen. „Für die internationale Solidarität“ stand auf dem Transparent, das neben dem Firmenlogo von „Blohm&Voss“ entrollt worden war und dieser Gruß richtete sich insbesondere an die kämpfenden griechischen Arbeiter. Ein Redner stellte diesbezüglich fest: „Der Arbeiter ist international und deshalb hoffen wir, dass der Kampf unserer griechischen Freunde und Kollegen den größtmöglichen Erfolg hat! Denn wenn die griechische Bevölkerung kämpft und gewinnt, können wir nur davon lernen und profitieren. Anders herum können wir dem griechischen Volk und uns selber nur helfen, wenn wir endlich selber kämpfen. Gegen unseren Hauptfeind – den deutschen Imperialismus.“



Weil der Kampf endlich begonnen werden muss und weil dieser Kampf immer auch eine internationale Komponente hat, wurde während der Kundgebung auch eine Aktion vorgestellt, die jedem einzelnen von uns die Möglichkeit zum Aufstehen und Kämpfen gibt, die internationale Antikriegsaktion „Klassenkampf statt Weltkrieg“. Diese Aktion wird im Mai 2011 mit einem Zug aus fünf Militär-LKW für zwei Wochen durch die BRD, die ehemalige DDR, die Tschechische Republik und Polen fahren. „Diese Aktion hat einen alters- und organisationsübergreifenden Ansatz und lebt die Aktionseinheit, die im Kampf gegen Faschismus und Krieg so zwingend notwendig ist.“

Die Kundgebung sollte dazu auffordern, aktiv zu werden. „Blohm&Voss“ war an diesem Tag eine würdige Kulisse für dieses Anliegen.

(Marina)

Referate

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir die Referate, die auf dem IV. Jugendaktivistentreffen gehalten wurden. Am Ende stehen die Thesen der Teilnehmer, anhand derer das Gesagte diskutiert wurde und die so angenommen wurden.

In welcher Phase befindet sich die Weltwirtschaftskrise?

Man kann diese Wirtschaftskrise nicht von einem einzelnen imperialistischen Land oder einer Gruppe von Ländern – und seien es die größten – her betrachten und ihren Verlauf beurteilen. Wir haben eine Weltwirtschaftskrise, weil sie die größten und wichtigsten kapitalistischen Länder gleichzeitig erfasst.

Seit der vollen Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise vollziehen sich die Bewegungen der Krisen in zyklischer Form. Jeder Aufschwung endet mit einem Ausbruch aller Widersprüche des kapitalistischen Systems in der zyklischen Überproduktionskrise, die aber zugleich eine weitgehende gewaltsame Lösung dieser Widersprüche schafft.

Schauen wir uns diese Widersprüche an: Das Proletariat kann, selbst wenn es den Wert seiner Arbeitskraft als Lohn erhielte, nur einen geringeren Teil des von ihm produzierten Wertes mit seinem Arbeitslohn kaufen.

„Der letzte Grund aller wirklichen Krisen bleibt immer die Armut und Konsumtionsbeschränktheit der Massen gegenüber dem Trieb der kapitalistischen Produktion, die Produktion so zu entwickeln, als ob nur die absolute Konsumtionsfähigkeit der Gesellschaft ihre Grenzen bilde.“ (Karl Marx)

Weil nur einer ganz kleinen Klasse, der Bourgeoisie, die Produktionsmittel gehören.

Was heißt Depression?

Depression ist, wenn der Absturz der Produktion in der unmittelbaren Krise zu einem relativen Halt gelangt. Das Niveau ist so niedrig, dass es ein Stück weit der ebenso niedrigen Nachfrage entspricht.

Der besondere Charakter der Depression besteht in der Deformation des industriellen Zyklus unter der Einwirkung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, das heißt: Chronische Zuspitzung des Widerspruchs zwischen Produktionskraft und Konsumtionskraft. Die, vom zyklischen Gang der Produktion abgesehen, stetige relative Verminderung der Konsumtionskraft im Vergleich zur Entwicklung der Produktivkräfte führt zu einer chronischen Zuspitzung des Widerspruchs zwischen der Produktionskraft und der Konsumtionskraft der kapitalistischen Gesellschaft, da die einzelnen Kapitalisten, getrieben von dem Zwang, im Konkurrenzkampf zu siegen, die

Produktivkräfte ohne Rücksicht auf die relative Verminderung der Konsumtionskraft entwickeln. Dies ist die ökonomische Grundlage der allgemeinen Krise des Kapitalismus, der chronischen Unausgenutztheit großer Teile des Produktionsapparates (selbst zu Hochzeiten steht jede zehnte Maschine still; in Krisen 40%), der chronischen Massenarbeitslosigkeit.

Dieser Widerspruch hat in der gegenwärtigen Periode des Kapitalismus eine solche Schärfe erreicht, dass die erhöhte Produktion vorzeitig, bevor die Phase des Aufschwungs erreicht ist, an die Schranken der Aufnahmefähigkeit des Marktes stößt.

Die klassischen Phasen Prosperität, Krise, Depression, Aufschwung, Prosperität ... gibt es nicht mehr. Denn was heißt denn eine mehr oder minder lang dauernde Depression, die unweigerlich auf die akute Phase der Krise folgt und eben nicht mehr in einen wirklichen Aufschwung münden wird (geschweige denn Prosperität)?

- Vernichtete Arbeitsplätze kommen nicht wieder.
- Der Erwerbslose bleibt erwerbslos.
- Die Sozialkassen sind und bleiben geplündert.
- Und vor allem: Die Produktion von Jahren bis Jahrzehnten ist und bleibt vernichtet.

Letzte große Krise:

Wenn man die letzte große Krise betrachtet, ist besonders wichtig, dass der Übergang in die Depression und die Erhöhung der industriellen Produktion 1933 mit einer ganz unverhältnismäßig geringen Verminderung der Arbeitslosenzahlen verbunden war (sowohl '32, als auch '33 über 40%). Einen wirklichen Aufschwung erlebten damals ALLE großen Imperialisten erst ab Mitte der 30er Jahre mit der Kriegsproduktion.

Aktuell:

Nach Prognosen der UN müssen zwischen 105 und 145 Millionen Menschen mehr in Armut leben, als dies ohne die Krise der Fall gewesen wäre

Warum bleibt es so?

In den früheren Zyklen wurde der kapitalistische Markt extensiv ausgedehnt durch Einbeziehung neuer Gebiete in die kapitalistische Produktionsweise:

Eroberung und Erschließung von Kolonien. Heute ist die Welt verteilt: Es gibt keine herrenlosen Gebiete mehr zu erobern.

Eine Ankurbelung der Produktion in einem einzelnen imperialistischen Land würde an Krise und Depression nichts ändern, sondern nur die Kämpfe zwischen den Monopolisten weiter verschärfen, weil ja die Märkte nicht mehr ausgedehnt werden können.

Eine der wichtigsten Schranken des Marktes für Konsumtionsmittel bildet die starke Verminderung des Einkommens der Arbeiterklasse infolge der Massenarbeitslosigkeit, der Herabsetzung der Löhne, der Erhöhung der Steuern usw. Der Übergang in die Depression hat hieran wenig geändert. Die Produktion hat sich erhöht, die Zahl der ausgebeuteten Arbeiter hat sich vermehrt (im Vergleich zum absoluten Tiefpunkt), aber die Kaufkraft der ausgezahlten Lohnsumme ist kaum gestiegen. Warum? Die Lasten der Krise werden weitestgehend auf das Proletariat abgewälzt, indem deren Leistung durch Rationalisierung (dazu kommen wir gleich) massiv erhöht wird. Dies ist ein wichtiges Element des besonderen Charakters der Depression in der allgemeinen Krise.

Problem dabei: Die Herabsetzung der Produktionskosten auf Kosten der Arbeiter vermindert den Antrieb zur Erneuerung des fixen Kapitals, also die Ausdehnung des Marktes für Produktionsmittel (es braucht keine neue Technik, sondern noch krassere Ausbeutung), während die Herabsetzung der Löhne den Markt für Konsumtionsmittel einengt.

Beispiele:

Bundesbank, Monatsbericht August 2010:

„Angesichts des weiter unterdurchschnittlichen Auslastungsgrads der industriellen Kapazitäten dürften sich die Anschaffungen bisher vornehmlich am notwendigen und zuvor aufgeschobenen Ersatz bestehender Anlagen orientiert haben.“

Diese Rationalisierung zeigt sich gerade in der BRD durch Kurzarbeit, Leiharbeit, Massenarbeitslosigkeit, ...

Das Handelsblatt schreibt: „In Deutschland ist der Niedriglohnsektor mit rund 6,6 Millionen Beschäftigten – das ist jeder fünfte Arbeitnehmer – in der Tat mittlerweile fast doppelt so groß wie in Frankreich. In Dänemark verdienen nur knapp über acht Prozent der Beschäftigten weniger als zwei Drittel des mittleren Stundenlohns.“ (13.8.10).

Zu den 8,6 Millionen ohne Vollzeitbeschäftigung müssen wir noch die ALG I-Empfänger und die 6,6 Millionen Hartz IV-Empfänger, die Lohnkürzungen der Festbeschäftigten von 20-30%, sowie die Kurzarbeit hinzu zählen.

Leiharbeit führt zu einer Spaltung der Arbeiterklasse: Neben der verbleibenden Stammebelegschaft arbeiten die immer mehr werdenden Leiharbeiter außertariflich, sprich noch schlechter bezahlt und entrechtet. Dazu kommt das nicht kleiner gewordene Arbeitslosenheer.

Seit 2000 hat die Zahl so genannter atypischer Arbeitsverhältnisse zugenommen. 30-50% Lohnsenkung hat die Krise gebracht, Ersparnisse sind aufgebraucht, Schulden steigen – nach Großbritannien hat die BRD die meisten Privatinsolvenzen in Westeuropa.

Das heißt ganz nebenbei, dass der Staatshaushalt immer weniger gespeist wird, sprich weniger Steuergelder, weniger Gelder an die Bourgeoisie gehen, außerdem fließt immer mehr Geld in den Staatsumbau.

Die Exportoffensive:

Der deutsche Imperialismus nutzt die Waren, die die Arbeiterklasse unter besonders harter Ausbeutung produziert hat, als Waffe in Form des Exports gegen andere Länder. Weil sich die Arbeiterklassen der anderen Länder eben nicht gar so sehr ausbeuten lassen. Sie zerstören die dortigen Produktivkräfte (deutsche und keine französischen Waren werden verkauft) und verschärfen die dortigen Klassenwidersprüche (die französische Bourgeoisie muss die Ausbeutung der französischen Arbeiter erhöhen). Davon ist Deutschland abhängig – 2/3 des Gewinns schöpft der deutsch Imperialismus aus dem Ausland!

Es versteht sich von selbst, dass eine Erholung durch „Exportoffensive“ nicht dauerhaft sein kann, sondern die Krise sich im Gegenteil weiter zuspitzt, weil sie den Widerspruch zwischen Produktions- und Konsumtionskraft noch weiter verschärft, den inneren Markt und damit eine Grundvoraussetzung für die Verwertung des Werts weiter zerstört, weil sie an der Verelendung des Volks in den importierenden Ländern ihre Grenzen finden muss. Der Kampf um die Verteilung des wenigen Profits musste unter solchen Umständen besonders scharf werden.

Überall trocknen die inneren Märkte aus (keiner kann mehr was kaufen, Ausweg „Export“) oder sie werden gegen die aggressiven Exporteure wie den deutschen Imperialismus mit Zöllen, nicht tarifmäßigen Handelshemmnissen, Einfuhrquoten verbarrikiert.

Der Kampf geht um die Gestaltung der Zollpolitik, der Preispolitik, um die Verteilung bzw. Abwälzung der Steuern, um die staatlichen Bestellungen, Subventionen, Kredite usw.. Mit einem Wort um die Beherrschung des Staates.

Kein Blatt mehr wird sich vor den Mund genommen, man spricht offiziell von einem

„Währungskrieg“. Die USA haben kein Interesse daran, ähnliche Ausplünderungspakete wie die BRD durchzusetzen, da 80% der Volkswirtschaft der Binnenmarkt ausmacht. Sie müssen Schulden aufnehmen, auf Kosten anderer Völker. Die Ausplünderungspakete des deutschen Imperialismus, die er gegen die anderen EU-Staaten durchgesetzt hat, wie bei sich selbst, wären Gift für die US-Imperialisten.

Dass die Ausplünderung der EU-Staaten, vorne weg Griechenland übermorgen seine Exportmöglichkeiten völlig ruiniert, weil die Konsumtionskraft aller Völker auf den niedrigsten Stand seit 1945 gesetzt wird, ist für den deutschen Imperialismus deswegen kurzfristig unerheblich, weil die Ausplünderung durch die Regierungsmaßnahmen anderer Länder gegen ihre Völker zwangsweise notwendig sind zur Eintreibung der Schulden dieser Länder ihm gegenüber (Deutschland ist der größte Gläubiger der Welt). Und um sie zu infiltrieren und unter politische Kontrolle zu bekommen.

Was ist der Ausweg der Herrschenden?

Eine wirkliche Steigerung der Produktion (bis hin zu einer Belebung) müsste sich in einem erhöhten Kreditbedarf zeigen, in einer erhöhten Nachfrage nach Leihkapital, doch dem ist nicht der Fall: *„Zwischen April und Juni 2010 sank das Volumen neuer Unternehmenskredite noch um acht Prozent. Doch schon das ist gemessen an dem Einbruch von 17 Prozent im ersten Quartal bereits eine Verbesserung.“* (Handelsblatt, 17.9.10). Sprich: Es gibt keine Kreditklemme. Die Banken werden die Kredite nicht los, weil die industriellen Kapitalisten einfach keine aufnehmen.

Die Depression, also die Nichterholung in einen Aufschwung, stellt den imperialistischen Krieg für die Bourgeoisie, insbesondere für die ökonomisch Stärksten, auf die Tagesordnung.

(Jan)

Die Strukturreform der Bundeswehr

Die Herrschenden brauchen den Krieg, nach dieser Krise mehr als je zuvor, soviel haben wir verstanden. Die Herrschenden in der BRD führen seit 1990 wieder Krieg, das wissen wir. Wenn man sich heutige Veröffentlichungen oder Gefahrenanalysen der Bundeswehr anschaut, ist dieses Datum der Knackpunkt. Zwar wird dort nicht gesagt, dass da die DDR annektiert wurde, es also kein anderes Deutschland mehr gab, das zeigt, wie es auch gehen könnte und außerdem keine Sowjetunion mehr, die darauf achtet, dass die BRD nicht schon wieder die Welt in Brand steckt. Aber es wird gesagt, dass wir seit diesem Jahr eine veränderte Bedrohungslage vorfinden. Liest man die Beschreibungen, wie sich diese Bedrohungslage verändert hat, möchte man eigentlich aufatmen, denn es scheint sich alles zum Guten gewandelt zu haben. Der große Feind die Sowjetunion existiert nicht mehr, ihr Vorposten, die DDR ist besiegt und es gibt keinen Grund mehr, bis an die Zähne bewaffnet auf einen Angriff zu warten. Alles super, lasst uns die Waffen ablegen und zum Tagesgeschäft übergehen, denkt man dann. Die Realität zeigt - surprise surprise - das Gegenteil: Seitdem der große Feind, der Grund für die Wiederbewaffnung Deutschlands, die permanente rote Gefahr gebannt ist, ging's hier erst richtig los. Zwar ist die Anzahl der Soldaten deutlich verringert worden, von fast 500.000 auf ca. 250.000, aber die Ausbildung, Ausrüstung und die Einsätze haben sich exponentiell vergrößert.

Das ist doch komisch, da sagt man, nun gibt's keinen Grund mehr Krieg zu führen und das Erste was getan wird, ist Krieg zu führen. Seit 1990 waren bereits mehr als 300 000 Soldatinnen und Soldaten und zivile Angehörige der Bundeswehr in Somalia, auf dem Balkan, in Georgien, in Afghanistan und anderen sogenannten Krisenregionen eingesetzt. In 20 Jahren waren also 300.000 Deutsche dort, wo sie nix zu suchen haben, um das zu tun, was sie nie wieder tun sollten. Das ging trotz des Zusammenbruchs der Sowjetunion nicht ohne Umwege. Die Umstellung hat Zeit gekostet.

Seit 1990 gab es diverse Reformen der Bundeswehr. Die letzte liegt noch nicht einmal ein halbes Jahr zurück, wurde noch nicht einmal umgesetzt. Sämtliche Reformen wurden begründet mit der immer geringeren wirklichen Gefahr für Deutschland und der Notwendigkeit, zu sparen. Sämtliche Reformen waren tatsächlich Umstrukturierungen von einer Verteidigungsarmee im Kalten Krieg, zu einer uneingeschränkt agierenden Angriffsarmee. Konsequenter Weise folgten sämtlichen Reformen massivere Kriegseinsätze und damit noch mehr Erfahrungen, was für diese benötigt bzw. nicht benötigt wird, was hemmt und was vorwärts bringt, welche Ausbildung was taugt, welche Soldaten was taugen, im Endeffekt also wie die nächste Reform auszusehen hat.

Eine kurze Übersicht: 1990 muss die Bundeswehr verändert werden, denn sie kassiert die NVA und wird durch den 2+4 Vertrag begrenzt, aber auch erweitert. Die Zahl der Soldaten wird auf 370.000 begrenzt.

Die ersten Auslandseinsätze in:

- Kambodscha (1992)
- Somalia (1993/94),

vor allem aber die beginnende Selbständigkeit, durch den Rückzug der Alliierten machen eine weitere Reform 1994 nötig. Die nannte sich „konzeptionelle Leitlinien“ der Bundeswehr und reduzierte die Anzahl der Soldaten auf 338.000 und die Wehrpflicht auf nur noch 12 Monaten, umgesetzt 1995. Der Kosovokrieg 1999 gibt den Anstoß für die nächste Reform, beschlossen 2000 und umgesetzt 2001, wo wieder die Zahl der Streitkräfte reduziert und die Wehrdauer verkürzt wird, allerdings öffentlich die Neuausrichtung der Bundeswehr zu einer Armee im Einsatz bekannt gegeben wird. Die Bundeswehr soll sich von nun an auf ihre Kernaufgaben konzentrieren.

- Afghanistan (2002)
- Horn von Afrika (2002)
- Mazedonien (2003) - Erster EU-geführter Einsatz
- Bosnien (2004) – Missionsübernahme durch EU
- Kongo (2006) - Erster autonom EU-geführter Einsatz

(Einsatzführungskommando, Geltow)

Ein neues Weißbuch 2006 und eine neuerliche Reform der Bundeswehr, sogar gleich hintereinander, weil die eine nicht weitreichend genug war.

Heute (Stand 14.10.2010) befinden sich 7100 deutsche Soldaten in 10 Ländern dieser Erde – nebenher, ganz schön viel für de facto keine Gefahr für Deutschland. Und wieder einmal soll die Bundeswehr reformiert werden. Auch heute wird die altbekannte Begründung für eine Reform herangezogen. Im Bericht des Generalinspektors der Bundeswehr zur Prüfung der Strukturreform heißt es:

„Mit der Wiedervereinigung ändert sich die Situation gravierend. Die Aussöhnung mit Osteuropa und die Annäherung zur Sowjetunion ermöglichte eine Verringerung der Personalstärke der Bundeswehr. Der Aspekt der Landesverteidigung auf deutschem Territorium rückte mehr und mehr in den Hintergrund. Auf der anderen Seite begannen bereits 1990 mit dem Golfkrieg Einsätze der Bundeswehr im erweiterten Aufgabenspektrum.“ Und dann kurz darauf: *„Deutschland brauche deshalb eine reaktionsschnelle, professionelle und in einem breiten Fähigkeitsspektrum einsetzbare Armee. [...] Dabei komme es nicht mehr auf den bloßen Gesamtumfang*

der Streitkräfte, sondern vor allem auf die real einsetzbaren Kräfte an.“

Nahe liegend, oder? Keine Gefahr, bessere Einsatztruppen.

Die Begründungen unterscheiden sich in der Deutlichkeit der Sprache und in den Grenzen des „Verteidigungsraums“, der nämlich immer größer wird. Noch im Jahr 2000 hieß es, Deutschland muss an den Grenzen der EU verteidigt werden. Heute will man sich nicht mal mehr auf die Grenzen des Gebietes der NATO beschränken.

Und überhaupt wird dieser ganze NATO und EU Kram langsam in seiner Bedeutung reduziert. So machte unser Kriegsminister Dr. Karl-Theodor Freiherr zu Guttenberg am 15. September vor dem deutschen Bundestag deutlich, dass die Bündnisse immer nur so aktuell wie nützlich sind. Er spricht dort über das Aufgabenspektrum der Bundeswehr und sagt: *„Es umfasst auch die Notwendigkeit – ganz wichtig – des Schutzes unserer Heimat dort, wo es verlangt ist, und dort, wo wir darauf zurückgreifen wollen.“*

Mit anderen Worten: Das Grundgesetz und der darin festgehaltene Verteidigungsfall als Notwendigkeit für den Einsatz der Bundeswehr, kann mich gepflegt am Arsch lecken, genauso diese ganzen Militärpartner, ich bestimme was es wo und wie zu verteidigen gibt.

Und was es zu verteidigen gibt, erklärt uns das Kapital. Am 26. August sagt der Präsident der deutschen Industrie- und Handelskammer Hans Heinrich Driftmann dem Nachrichtenmagazin FOCUS: *„Die Armee muss sich dringend den neuen Anforderungen stellen.“* Und: *„Dabei geht es um unsere ureigenen legitimen Interessen – auch die der Wirtschaft.“* Wir haben heute eine relativ große Armee, allerdings sind von den 250.000 Soldaten auf dem Papier faktisch nur maximal 8000 einsatzbereit. Das ist bitter wenig.

Noch nicht mal ein halbes Jahr ist es her, da musste der nunmehr Ex-Bundespräsident Horst Köhler auf Grund dieser Aussage, dass die Bundeswehr gefälligst die deutsche Wirtschaft zu schützen hat und das auch tut, zurücktreten. Heute begründet die DIHK damit ungestraft die neuste Strukturreform der Bundeswehr. Und damit das nicht in Vergessenheit gerät, sitzt eben dieser Präsident der DIHK als Vizepräsident in der Kommission, die die Strukturreform ausgestaltet.

Der wesentlichste Punkt und der große qualitative Unterschied dieser Strukturreform zu den bisherigen, ist, dass sie die Wehrpflicht in Frage stellt.

Und jetzt sollten wir uns langsam damit beschäftigen, was diese Strukturreform denn nun eigentlich reformieren will, soll und dann wohl auch wird.

Das Hauptproblem zur Zeit, dass die Bundeswehr hat und auch angibt als Begründung für die Reform, hat sie im derzeitigen Einsatz in Afghanistan erkannt: Es gibt zu wenig Soldaten, die so einen Einsatz führen können, die dazu ausgebildet sind und dafür auch zeitlich zur Verfügung stehen. Und die Soldaten, die dort sind, sind zu schlecht ausgerüstet. Alle Prozesse dauern viel zu lange. Wenn mehr Munition, mehr Panzer, mehr Flugzeuge, mehr Panzerhaubitzen, oder was sonst gebraucht werden, dauert es Ewigkeiten, dieses Material tatsächlich zu beschaffen. Und die Öffentlichkeit hat eine Haltung zu diesem Krieg, die nicht unbedingt zur Beschleunigung dieser Prozesse beiträgt.

Was ist also zu tun? Es müssen mehr Soldaten für solche Einsätze befähigt werden, diese müssen schneller und besser ausgebildet und ausgestattet sein und die Öffentlichkeit darf die Bundeswehr nicht mehr so im Fokus haben. Ach so und angeblich soll mit der ganzen Geschichte auch noch Geld gespart werden.

Zu diesem Zweck hat das Bundesministerium für Verteidigung fünf Modelle vorgelegt, die diesen Ansprüchen gerecht werden sollen. Ich werde euch alle fünf vorstellen, aber die Entscheidung ist eigentlich bereits gefallen, bevor überhaupt die Modelle veröffentlicht wurden. Die anderen 4 Modelle klingen so, wie sie zustande gekommen sind, aus den Fingern gesaugt.

Bisher ist die Zusammensetzung der Bundeswehr folgendermaßen, es gibt:

195.000 Zeit- und Berufssoldaten
30.000 Grundwehrdienstleistende und
25.000 freiwillige Wehrdienstleistende, also solche, die den Grundwehrdienst verlängert haben.

Das erste Modell

reduziert die Anzahl der Berufs- und Zeitsoldaten in nur 2 Jahren um 40.000 und die Grundwehrdienstleistenden um 5.000. Zur allgemeinen großen Überraschung, gibt es dadurch nicht mehr Soldaten, die in den Einsatz geschickt werden können, aber die Kosten werden ein bisschen reduziert.

Das zweite Modell

reduziert die Zahl der Zeit- und Berufssoldaten in 3 Jahren um 45.000 und schafft den Grundwehrdienst und den freiwilligen Wehrdienst ab. Damit können von den Berufssoldaten mehr in den Einsatz geschickt werden, weil sich keiner mehr um die Neuen kümmern muss und die Öffentlichkeit ist auch

außen vor. Aber insgesamt gibt's zu wenig Soldaten und der Nachschub ist nicht gesichert.

Das dritte Modell

reduziert die Zahl der Berufs- und Zeitsoldaten um 39.000 in 6 Jahren und schafft den Grund- und freiwilligen Wehrdienst ab. Gar nicht schlecht schon, sind ja 'n paar mehr Soldaten für der Auslandseinsatz, der Bruch ist nicht so krass, aber die Frage des Nachschubs ist immer noch nicht geregelt.

Das fünfte Modell

schafft 15.000 Berufs- und Zeitsoldaten und den Freiwilligen Wehrdienst ab, behält aber den Grundwehrdienst. Das regelt zwar den Nachschub, ist aber wieder Blödsinn, weil die Öffentlichkeit eben nicht ausgeschaltet wird.

Ihr seht, alles Quatsch.

Jetzt das Modell Nummer 4, dasjenige, welches wohl umgesetzt wird, es sei denn, es handelt sich um irgendein Täuschungsmanöver, dass wir noch nicht verstanden haben:

Bei Modell Nr. 4

werden die Berufs- und Zeitsoldaten auch um 39.000 Soldaten reduziert und der freiwillige Wehrdienst wird quasi der neue Grundwehrdienst. Sprich, es wird keiner mehr zwangsweise eingezogen, sondern nur noch Freiwillige gehen zum Bund. Diese sollen dann eine sechsmonatige Grundausbildung bekommen und danach entscheiden dürfen, ob sie bleiben wollen oder nicht. Genauso kann die Bundeswehr in dieser Zeit entscheiden, ob der Soldat passt oder nicht. Nach den 6 Monaten muss der Soldat sich dann entscheiden, bleibt er, bleibt er für weitere 17 Monate, also eine freiwillige Wehrzeit von insgesamt 23 Monaten. Diesen freiwilligen Wehrdienst sollen ca. 7.500 machen. Damit ergibt sich eine Gesamtanzahl von 156.000 Berufs- und Zeitsoldaten + 7.500 Freiwilligen, also 163.500 Soldaten. Diese unterschreiben alle, dass sie in Kriegseinsätze wollen und werden hervorragend nur zu diesem Zweck ausgebildet. Der Nachschub bleibt weiterhin gesichert und immer wieder wird betont, dass das nur eine Mindestzahl ist, d.h. nach oben ist dem nur die Grenze des 2+4 Vertrags von 370.000 Soldaten gesetzt.

Aber selbst wenn nicht, soll diese neue Truppe um einiges effizienter sein. Denn wie der Vorsitzende der DIHK in seinem bereits zitierten Interview mit dem FOCUS sagt: *„Alles, was nicht für den militärischen Einsatz notwendig ist, kann ausgelagert werden.“*

Die Strukturreform bleibt aber nicht bei den reinen Soldaten stehen. Auch das Verteidigungsministerium, heute ohnehin völliger Blödsinn, wo es nichts mehr

zu verteidigen gibt, soll halbiert werden. Und auch das Zivilpersonal der Bundeswehr, heute in etwa 104.000 Personen, soll deutlich reduziert werden. Es setzt sich heute zum größten Teil aus alten Soldaten zusammen. Die Rechnung fand ich ganz lustig, deswegen trage ich sie euch vor. Also die meisten der Leute dort sind über 50. Altersbedingt scheiden dort jährlich 4.100 aus und kommen ca. 1.000 nach, die vorher als Soldat gedient haben. Wenn das so weiter geht, heißt es in dem Bericht des Generalinspektors, lässt sich der Personalbestand bis 2016 um ca. 18.000 Leute verringern. Das ist zu wenig, deswegen sollen die Neueinstellungen auf 500 reduziert werden. Das heißt, man rechnet mit 500 Soldaten weniger, die aus dem Feld zurück kommen, um im Zivilstab ihre letzten Jahre abzusetzen. Auch für notwendige Personalreduzierungen ist also ein Krieg gut. Egal, das ist jetzt nicht so wichtig.

Wichtig ist, dass dieses Modell 4 alle Anforderungen erfüllt, um den Interessen der Wirtschaft zu dienen, also für Rohstoffe, Handelswege und Märkte Krieg zu führen.

Die Krise bringt unsere Kapitalisten dazu, solche Kriege zu fordern, Kriege die ihnen einen geringen Wettbewerbsvorteil verschaffen. Die Krise ist aber auch der Grund, warum diese Kleinstkriege nicht ausreichen werden. Denn angesichts dieser Krise, wie Jan in seinem Referat erläutert hat, wird es keinen Aufschwung mehr geben, sondern eine lang anhaltende Depression. Aus dieser Depression kommt der Kapitalismus nicht mehr mit ökonomischen Mitteln hinaus. Und auch Minikriege können ihn da nicht retten. Aus dieser Krise kommt der Kapitalismus nur noch, wenn er eine Zerstörung herbeiführt, die einen Neuaufbau erfordert.

Eine Zerstörung, wie der zweite Weltkrieg oder der erste Weltkrieg sie anrichtete, das ist es, was der Kapitalismus eigentlich braucht, um sich zu erhalten. Eine Zerstörung der ganzen Welt, damit diese neu aufgebaut und vor allem neu aufgeteilt werden kann. Das ist es, was die Bundesregierung weiß und wofür sie, die Spitze des Staates, im Kapitalismus einzig zum Schutz des Kapitals zuständig, die Schutztruppen umstrukturiert.

Denn was jetzt nach einer besseren Armee für im Endeffekt Kolonialscharmützel aussieht, taugt auch für weiteres und wird auch dafür gebraucht: *„Auch wenn der Einsatz in Afghanistan derzeit die größte Aufmerksamkeit erfährt, kann diese Operation nicht der alleinige Maßstab für die zukünftige Ausrichtung der Streitkräfte sein.“*, heißt es im Bericht des Generalinspektors. Auch für alles darüber hinaus eignet sich das Modell 4 am besten. Und der Präsident der DIHK präzisiert: *„Es kann doch*

niemand ausschließen, dass wir einmal einen Fall der Bündnisverteidigung haben werden. Dann bräuchten wir ein Vielfaches an Personal, um einen solchen Einsatz sicherzustellen. Dafür müssen wir die Option behalten, unsere Armee wieder aufwachsen zu lassen und zwar in einem überschaubaren Zeitraum.“

Recht hat er. Die Fähigkeit, große Kriege zu führen, bemisst sich daran,

erstens wie viele Soldaten wie schnell zur Verfügung stehen,

zweitens wie gut die Führung dieser Soldaten ist, das heißt, wie gut die Berufssoldaten ausgebildet sind, die in diesem Fall die Führungsrolle übernehmen,

drittens wie gut diese Armee ausgerüstet ist, mit Waffen Panzern etc. und

viertens wie schnell die Industrie und die Bevölkerung auf Krieg umgeschaltet werden können.

Schauen wir uns die Strukturreform der Bundeswehr an, scheint sie zumindest in einem Punkt der Kriegsfähigkeit entgegen zu wirken: Wenn nicht mehr zigtausend junge Männer jährlich durch die Ausbildung geschleust werden, reduziert sich die Anzahl derjenigen, die im Fall einer Mobilmachung sofort Gewehr bei Fuß stehen können.

Tatsächlich reduziert sich die Rekonstitutionsfähigkeit der Bundeswehr im angestrebten Modell auf 100.000 Soldaten, zusätzlich zu den 163.500 Soldaten minimum, die als Berufssoldaten dienen.

Ein Punkt an diesem Modell ist da nicht ganz unwichtig. Das FWD ist nicht auf 7.500 begrenzt. Im Gegenteil, die Zahl 163.500 wird als unterste Grenze angegeben. In allen öffentlichen Reden ist immer von einer Gesamtstreitkräftezahl von 163.500 bis 180.000 die Rede. Das sind dann keine unfreiwilligen und damit unwilligen, minimal Ausgebildeten mehr, sondern das sind dann 23 Monate ausgebildete, patriotische Kampfmaschinen. Die stehen auf der Stelle Gewehr bei Fuß und geben ganz hervorragende Reservisten ab.

Die Rekonstitutionsfähigkeit der Bundeswehr wird in der Masse, scheint es, ein bisschen geschwächt, aber qualitativ kommt da mehr bei rum. Und zu der Masse komme ich noch, an dieser Stelle sollt ihr erst mal die 1A-Sahne-Reservisten im Kopf behalten. Die bilden nämlich zusammen mit den angestrebten noch besser ausgebildeten Berufssoldaten die Erfüllung der zweiten Bedingung für einen großen Krieg. Denn sowohl die Berufssoldaten, als auch die Freiwilligen, eignen sich als Führungspersonal. Sie alle sind durch eine Konzentration der Mittel auf qualitative statt quantitative Ausbildung besser als alle bisherigen Soldaten und Reservisten.

Für den dritten Punkt wird jetzt schon angekündigt, angesichts der Sparvolumen in den anderen

Bereichen der Armee mehr Geld zur Verfügung zu haben und tatsächlich läuft die Neuausstattung der Bundeswehr ja auf Hochtouren. Des Weiteren wird aber in dem Bericht des Generalinspektors festgelegt, dass die Zusammenarbeit zwischen Industrie und Militär in Rüstungsprojekten deutlich verbessert werden muss.

Und damit kommen wir zu Punkt 4. Die Industrie hat bereits seit 2001 diverse Verträge mit der Bundeswehr, die für eine reibungslose Umstellung von Friedens- auf Kriegsproduktion sorgen sollen. Die Fehler sind in den letzten Jahren erkannt worden und werden jetzt bei einer Strukturreform der Bundeswehr mit ausgeräumt. *„Flexibilität und schnelle Reaktion auf veränderte Rahmenbedingungen erfordern neue Wege in der materiellen Bedarfsdeckung der Streitkräfte.“* Und das *„erfordert eine stringendere Ausrichtung des Rüstungsprozesses auf einsatzbedingte Notwendigkeiten und eine stärkere, frühzeitigere Einbindung relevanter Industrie.“*, heißt es dazu im Bericht. Soviel zur Industrie im Krieg.

Die Bevölkerung wird, wie wir mittlerweile wissen, immer weiter unter das Militär gepackt, Alles, was in irgendwelchen zivilen Hilfsorganisationen steckt, übt jetzt bereits seit 4 Jahren, wie es ist, wenn die Bundeswehr das Sagen hat, ist also mittlerweile gar nicht schlecht für den Kriegsfall ausgebildet. Da gibt es aber auch noch Verbesserungen, auch der Heimatschutz soll durch die Strukturreform noch effizienter werden. So sagt KT [Guttenberg] in seiner Rede zur Strukturreform: *„Wir brauchen einen zeitgemäßen Heimatschutz. Das bleibt ungemein wichtig.“* Und: *„Ich glaube sogar, dass das ein wesentlicher Bestandteil der Neuausrichtung sein muss.“* Und er erklärt auch warum, denn: *„Die Größenordnung jährlich ausscheidender Zeitsoldaten und ein kluges Reservistenkonzept sichern zudem auch die hinreichende Aufwuchsfähigkeit, die wir letztlich brauchen.“* Ja und nun kommen wir zurück zur Masse. Denn neben dem, dass ein Heimatschutz natürlich im Krieg für Ruhe an der Heimatfront sorgen kann, ist er auch ein spitzenartig ausgebildeter Besatzertrupp. Die immer weiter zunehmenden Katastrophenschutzübungen sind Übungen, die die Bundeswehr auch mit ihren Wehrdienstleistenden durchführen hätte können, aber wozu? Der Heimatschutz muss nicht von der Bundeswehr finanziert werden und bietet einen viel weitreichenderen Zugriff auf die Bevölkerung, egal ob männlich oder weiblich. Und egal wie alt. Im Heimatschutz können auch 15-jährige zu Führungspersonlichkeiten ausgebildet werden. Scheiß auf 17.000 Reservisten jährlich, wenn

man dauerhaft ein paar Millionen Heimatschützer am Stehen hat.

Um das sicher zu stellen und vermutlich auch um eine geringe militärische Ausbildung, also nicht nur Strategie sondern auch Waffengebrauch in den Heimatschutz zu bringen, wird jetzt schon angekündigt, dass die Verteidigungspolitischen Richtlinien den neuen Anforderungen angepasst werden. So der parlamentarische Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt, beim Handelsblatt-Sicherheitsforum am 05.10. in Berlin.

Soviel zu dem militärischen Teil dieser Strukturreform.

Nun wird angesichts des Wegfalls der Wehrpflicht aber auch der Wehrersatzdienst, der Zivildienst wegfallen und damit einher geht, dass ein Teil des Nachwuchses für die zivilen Katastrophenschützer weg fällt und aber auch, dass ein Teil der Aufgaben, die jeder Staat zu erfüllen hat, plötzlich viel mehr Geld kosten würden. Nämlich der gesamte Pflege- und Betreuungsbereich von Kindern, Kranken und Alten.

Deswegen hat nicht nur der Generalinspekteur der Bundeswehr eine Überprüfung vorgenommen, sondern auch der Bundesbeauftragte für Zivildienst hat ausgerechnet, was der Wegfall der Wehrpflicht bedeuten würde. Er kommt darauf, dass durch den Wegfall der Wehrpflicht der BRD 1,85 Milliarden Euro mehr Kosten entstehen würden, wenn sämtliche Zivildienststellen im Pflege-, Betreuungs- und so weiter Bereich durch reguläre Arbeitnehmer ersetzt werden müssten.

Außerdem, sagt er, leisten ca. 8.700 Verweigerer ihren Zivildienst, sowie immerhin 50.000 Wehrpflichtige einen Ersatzdienst im Zivil- und Katastrophenschutz. Mit dem Wegfall der Wehrpflicht, so seine Einschätzung, wird daher auch die Bereitschaft junger Männer sinken, sich als freiwillige Helfer im Zivil- und Katastrophenschutz zu engagieren. Dazu kommen noch mal 10.000, die ein freiwilliges, soziales Jahr, oder Entwicklungshilfe betreiben etc.

Als Ersatz forderte deswegen die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ein soziales Pflichtjahr für jeden Jugendlichen. Da stellt der Bericht des Bundesbeauftragten für Zivildienst allerdings fest, dass das definitiv gegen die Verfassung verstößt und schlägt stattdessen vor, den Freiwilligen Dienst für alle zu öffnen. Also für weiblich, männlich, jung und alt. Was vermutlich sogar einigen Erfolg hätte, denn das ist immer noch besser als Hartz IV zu empfangen.

In einem Schreiben vom 2. August stellt Uwe Lübking ebenfalls aus dem Familienministerium klar, was wir davon halten können: „Die Bundesregierung soll deshalb die finanzielle Förderung des FSJ und FÖJ weiter fortschreiben. Als zweckmäßig wird es angesehen, die im Zivildienst nicht in Anspruch genommenen Mittel zur Unterstützung im FSJ/FÖJ Bereich einzusetzen, sowie die Mittel für die Jugendfreiwilligendienste generell anzuheben und die Förderhöhen bei FSJ und FÖJ unter Berücksichtigung der jeweiligen Strukturen dem erheblich angewachsenen Bedarf an pädagogischer Betreuung anzupassen. Darüber hinaus sollten auch die Träger der Jugendfreiwilligendienste in die Förderung einbezogen werden, die nach § 10 JFDG von den zuständigen Landesbehörden zugelassen sind und keinem der 8 bundeszentralen Träger angehören.“ Das sagt er alles dazu, wie ein solcher freiwillige Zivildienst aufrecht zu erhalten wäre. Nun kommt das spannende:

„In diesem Zusammenhang sollte die in der öffentlichen Diskussion anklingende Forderung nach einem einjährigen Dienst für die Gemeinschaft nicht gänzlich verworfen werden. Die Überlegungen des Reformpädagogen Hartmut von Henting sehen z.B. die Erweiterung und Förderung des freiwilligen sozialen Jahres unter dem Namen „Dienste am Gemeinwesen“ vor mit dem Ziel, alle unter 25 jährigen zwischen Schulabschluss und ihrem Eintritt ins Erwerbsleben zu einem solchen Dienst zu verpflichten. Die Dienste sollen ein Jahr dauern und auf den Gebieten Umweltschutz, Fürsorge für Bedürftige, Kranke, Alte, Kinder, der Stadt- und

Landschaftspflege, der Politik und bei internationalen Einsätzen abzuleisten. Als Alternativen sollen nach Henting der Wehrdienst, der Dienst beim Bundesgrenzschutz [nicht mehr so ganz auf der Höhe der Zeit der gute Mann], bei Feuerwehren, dem Katastrophenschutz, der Aktion Synezeichen oder vergleichbaren Dienste bestehen bleiben. Die Grundgedanken dieser Überlegungen sind richtig und wären für die Gesellschaft wichtig. Gleichwohl sehen wir sehr wohl die Schwierigkeiten, in der heutigen Zeit eine Grundgesetzänderung zu erreichen, die dieses Pflichtjahr am Gemeinwesen ermöglicht.“
Na ja, schwierig heißt ja nicht unmöglich ...

Und damit möchte ich zum Ende kommen.

Die Strukturreform der Bundeswehr heute heißt Abschaffung der Wehrpflicht und damit die Bildung einer technisch hochgerüsteten und bestens ausgebildeten Berufsarmee. Außerdem der Ausbau des Heimatschutzes mit vermutlich einer Erweiterung der Aufgaben bis hin zur illegalen Zweitarmee, festgehalten in den bald folgenden neuen Verteidigungspolitischen Richtlinien. Und die Einführung eines freiwilligen Zivildienstes für alle Altersgruppen, der vermutlich reguläre Arbeitsplätze verdrängt, und eventuell eine Ausweitung desselben auf ein Zwangsjahr für alle unter 25.

Das alles steht noch nicht endgültig und es ist eine Frage des Kräfteverhältnisses in diesem Land, was davon tatsächlich umgesetzt wird.

Wir sollten zeigen, wer hier mehr Kraft hat.

(Tanja)

Diskussionsbeiträge zum Referat

Es ist richtig, dass mit der Ausweitung des Heimatschutzes neben der normalen Armee eine ziemlich professionelle Besatzertruppe ausgebildet wird, die Aufgaben übernehmen kann, die bisher von der Armee abgedeckt werden konnten. So ergibt sich natürlich schon mal ein anderes Zahlenverhältnis, als das offizielle. Davon abgesehen, muss man sich aber auch die Armee nicht losgelöst von der Entwicklung der Produktivkräfte vorstellen. Wenn im Mittelalter die Armeen mit Schwertern oder sogar nur Knüppeln aufeinander losgegangen sind, oder später mit Gewehren und Kanonen, dann steht der heutigen Armee eine ganz andere Technologie zur Verfügung. Die erfordert schlicht nicht mehr, dass dort eine halbe Million Menschen aufs Schlachtfeld ziehen. Die Panzer, Tornados, „intelligenten Bomben“ und anderen Waffensysteme, die heute zum Einsatz kommen, erfordern im Endeffekt qualifiziertes Fachpersonal. Und angesichts der Zerstörungskraft der neuen

Waffen eben nicht mehr Millionen davon, sondern viel weniger. Die Entwicklung, die in der Industrie abzulesen ist, ist natürlich im Militär genauso da.

Eine Berufsarmee ist neben dem, dass sie die weltweite Kriegsgefahr enorm verstärkt, auch gefährlich für jede demokratische, fortschrittliche Bewegung in diesem Land. Die Bundeswehr soll gegen uns eingesetzt werden, das ist nicht Neues. Sie wird es verstärkt, wenn sich die Kriege gegen andere Länder häufen und der Widerstand wächst. Bisher standen uns in solchen Situationen Menschen wie du und ich gegenüber, weil ja jeder zur Bundeswehr musste. Künftig werden wir es mit den im Referat beschriebenen patriotischen Kampfmaschinen zu tun bekommen. Die lassen sich nicht im Gefecht überreden doch die Gewehre um zu drehen und auf die eigentlichen Feinde zu schießen. Die werden sich noch nicht einmal überzeugen lassen, dass es zu

Hause mit der Freundin auf dem Sofa vielleicht doch schöner ist als hier und man das Töten einfach bleiben lassen sollte. Die gehen zur Bundeswehr, weil sie genau das zu ihrem Lebenszweck erdacht haben. Sprich die Möglichkeit der Einflussnahme auf Soldatenhirne, welche dazu führt, dass sie ihren eigentlichen Feind erkennen oder zumindest kein Bock haben, einfach wildfremde Menschen zu erschießen, hat sich enorm verschlechtert. Das werden nicht nur wir hier zu spüren bekommen,

sondern auch jedes andere Volk, dass es mit dieser Armee aufnehmen muss.

In der Diskussion darüber, was nun aus dem Zivildienst wird, ist noch ein Vorschlag gefallen, der bisher nicht erwähnt wurde. Und zwar wurde vorgeschlagen, dass jeder Jugendliche (Mädchen und Jungen) ein Jahr im Heimatschutz ableisten müssen. Und wem das nicht gefällt, der leistet dann ein Jahr den Dienst an der Waffe. Sprich, man dreht den Zwangsdienst einfach um.

Was ist die Alternative?

1. Ein System, das uns in diese Situation bringt, muss weg!

Karten auf den Tisch! Was ist das für ein System? Es schwadroniert von unserer Zukunft, und bietet uns das:

Die Jugend der Welt hat keine Arbeit. Sie ist erwerbslos: Um 10,2 Millionen wuchs die Zahl der arbeitslosen Jugendlichen von 2007 bis 2009. Ende 2009 waren von 620 Millionen erwerbsfähigen Jugendlichen weltweit etwa 81 Millionen arbeitslos und damit 7,8 Millionen mehr als zwei Jahre zuvor. Somit stieg die Arbeitslosenrate innerhalb von zwei Jahren von 11,9 auf 13 Prozent. Als arbeitslos wurden von der International Labour Organization (ILO) alle definiert, die nicht mindestens eine Stunde pro Woche gearbeitet haben und die aktiv Arbeit suchen und für sie verfügbar sind. Wer also an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnimmt, wird nicht gezählt. Die Jugendarbeitslosigkeit, die in Frankreich seit 2004 mehr als 20 Prozent betrug, ist mit der Krise auf fast 25 Prozent angestiegen. 40 Prozent der spanischen Jugendlichen sind inzwischen ohne Arbeit. Die Quote hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt und liegt doppelt so hoch, wie die generelle Arbeitslosenquote. Damit sind in Spanien dreimal so viele Jugendliche ohne Job, wie im Rest der Welt, wo die Vereinten Nationen eine Erwerbslosenquote junger Erwachsener von 13 % ermittelt haben, und doppelt so viele, wie in der gesamten EU (24,4 %) (Quelle: Taz).

Für das Jahr 2008 weist die Statistik 152 Millionen Jugendliche oder junge Erwachsene aus, die der Armut trotz einer Beschäftigung nicht entkommen können, weil sie weniger als einen Euro am Tag verdienen. Das sind 28 Prozent dieser Generation (Quelle: ILO Bericht). Die Untersuchung zeigt deutliche regionale Unterschiede bei der Entwicklung der Jugendarbeitslosigkeit. So lag die Quote der erwerbslosen 15- bis 24-Jährigen 2009 im Mittleren

Osten und in Nordafrika mit 23,4 und 23,7 Prozent am höchsten. Die stärkste Steigerung im Zuge der Finanzkrise war hingegen in den entwickelten Volkswirtschaften und Europa zu verzeichnen, wo die Quote von 13,1 Prozent (2008) auf 17,7 Prozent (2009) sprang. Eine Studie der IG Metall zeigte zudem auf: 54 % der unter 25-jährigen in diesem Land sind „prekär“ beschäftigt, d.h. sie stecken z.B. in Leiharbeit; das sind 9 % mehr als noch 2009. Soll das Aufschwung sein?

Das kapitalistische System ist mitnichten in der Lage, Millionen von Jugendlichen eine Arbeit zu geben. Es ist mitnichten in der Lage, Millionen von Jugendlichen eine Ausbildung zu geben. Das ist die Lage der Jugendlichen. Sie macht aber nicht Halt auch vor allen anderen Teilen des Lebens: Die Verarmung und Verelendung, sie setzt sich fort: In fehlender Bildung, in „schnell - schnell Schulen“, in einer breiten Verdummungsindustrie. Sich irgendwie durchzuschlagen - soll das die vielgepriesene Zukunft sein? Nein - das ist die alltägliche Barbarei im Imperialismus.

2. Dieses System bedeutet den Krieg - es muss weg!

Sie erzählen uns, es werde schon alles gut gehen. Sie sagen, es geht wieder aufwärts. Wir wissen, dem ist nicht so. Wir wissen, und wir haben das eben gehört, dass diese Krise, die wir gerade erleben, keine Ausnahmeerscheinung ist. Wir wissen, dass diese tiefste Krise seit der zweiten Weltwirtschaftskrise 1928 - 1932 die Widersprüche zwischen den Kapitalisten verschärft, dass sie umso erbitterter um jeden Absatzmarkt, um jeden Rohstoff, um jeden Heller streiten. Und wir wissen, wie sie dafür einen Staat umbauen, einen kriegstauglichen Staat, einen Notstandsstaat. „Der Kapitalismus trägt den Krieg in sich wie die Wetterwolke das Gewitter,“ sagte Jaurés. „Der Krieg ist kein Zufall, keine ‚Sünde‘, wie die

christlichen Pfaffen glauben (...), er ist vielmehr eine unvermeidliche Etappe des Kapitalismus“ (Lenin Werke, Bd. 21, S. 27). Solange der Kapitalismus ist, solange ist die Ursache des Kriegs nicht überwunden. Solange er herrscht, birgt er die Kriegsgefahr in sich. Erbittert kämpfen die verschiedenen nationalen kapitalistischen Gruppen. „Und dieser wirtschaftliche Zusammenstoß führt mit Notwendigkeit zuletzt zu einem Zusammenstoß der politischen und militärischen Waffen – zum Kriege“ (Karl Liebknecht, Was will der Spartakusbund).

In der konkreten Situation, in der wir uns befinden und die wir vorhin schon diskutierten, haben sich die Widersprüche zugespitzt. Dieses System kann man sich nicht mehr schönreden. Es kann sich nicht mehr ökonomisch retten, sondern nur noch durch Kriege. Die Hoffnung auf „friedliche“ Raub- und Ausplünderungszüge, woher soll diese kommen?

Das ist die eine Seite.

Genossen, es gibt aber die andere Seite. Und die ist auch zu sehen: Es ist das Gesicht einer Zukunft, die darin besteht, mit Krise und Krieg ein für allemal Schluss zu machen, die darin besteht, eine Zukunft zu gewinnen. Und das ist mein dritter Punkt:

3. Die Zukunft ist wirklich

„Der Kommunismus ist für uns nicht ein Zustand, der hergestellt werden soll, ein Ideal, wonach die Wirklichkeit sich zu richten haben wird. Wir nennen Kommunismus die wirkliche Bewegung, die den jetzigen Zustand aufhebt“ (Marx/Engels: Feuerbach. Gegensatz von materialistischer und idealistischer Weltanschauung. Berlin 1988, S. 40). Die wirkliche Bewegung? Warum? Der Widerspruch von gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung ist unauflösbar in diesem System. Und wie groß dieser Widerspruch ist – das zeigt die Krise. Und zeigt damit auch: Dieses System ist objektiv überlebt. Es hat eine Weltökonomie hergestellt, die Produktivkräfte immens erhöht. Aber weiter geht nichts mehr. Dieses System bringt nur noch Anarchie in der Produktion, Vernichtung und letztlich Barbarei. Um das mal ganz konkret zu machen:

Für die Kapitalisten gibt es keine Produktion für den Gebrauchswert, sondern für den Wert: Was sie produzieren, das ist ihnen egal, solange sie dadurch mehr Geld haben als zuvor. Das Problem: Das funktioniert in der Krise nicht mehr: Denn was sie produzieren, wenn sie produzieren, können sie nicht mehr verkaufen. Gebrauchswert – das gäbe es genug. Arbeit – das gäbe es genug: Städte, Schulen, Kulturzentren, Häuser, Straßen und und und. All das könnten sechs Milliarden Menschen auf dieser Erde machen – und der Kapitalismus braucht sie nicht. Er

braucht das nicht, was die Menschen als erstes tun, was sie auszeichnet: Ihre Arbeit. Der Imperialismus und seine Krisen, seine Weltwirtschaftskrisen, seine allgemeinen Krisen, sie zeigen: Er schafft es nicht, uns Arbeit zu geben. Gibt es denn nicht genug an Arbeit zu tun? Wie viele Straßen könnten gebaut werden? Wie viele Häuser? Kann es nicht noch die eine oder andere Bahnlinie geben? Und erst weltweit: Wie viele Dinge könnten da erledigt werden. Vielleicht zunächst nur mit einem Hammer und einer Schaufel. Doch die Notwendigkeit, die sehen wir doch. Aber in diesem System wird vernichtet. Vernichtung von dem Zuviel, das ein Zuviel nicht an Brauchen ist, sondern an nicht-zahlen-können. Ein Zuviel für die Kapitalisten:

Die Kapazitäten für Aluminium übersteigen ihren Bedarf um ein Drittel! Ein Zuviel für die Menschheit? Auf keinen Fall!

In der Autoindustrie um die Hälfte.

Bei Glasfaserkabeln um weit über die Hälfte.

Bei Stahl alleine in China (das die Hälfte des Stahls der Welt produziert) um 35 %.

Beim Schiffsbau um rund 50 %.

Bei Speicherchips um 25 %.

Bei Bürogebäuden um 25 %.

Alleine die Stahlindustrie Chinas könnte bis 2025 das Material für zehn neue Städte von der Größe New Yorks liefern.

Also mal andersherum: Wie viel gibt es, was und womit gearbeitet werden könnte! Aber hier wird es vernichtet.

Also: Die Bedingungen für den Sozialismus sind wirklich. Es gibt die Menschen, es gibt die Produktionsmittel, es gibt eine vergesellschaftete Produktion, deshalb: „...die von der bürgerlichen kapitalistischen Gesellschaft produzierten Produkte und Produktivkräfte gegen die vernichtende zerstörende Wirkung dieser kapitalistischen Gesellschaftsordnung selbst zu schützen, indem die Leitung der gesellschaftlichen Produktion und die Verteilung der dazu unfähig gewordenen herrschenden Kapitalistenklasse abgenommen und der produzierenden Masse übertragen wird. Und das ist die sozialistische Revolution.“ (Friedrich Engels, Dialektik der Natur)

Zusammengefasst heißt das und deswegen müssen wir darüber diskutieren: Weltkrieg oder Weltrevolution! Und dabei geht es nicht darum, die Revolution in weiter Ferne als schwach blinzeldes Sternlein zu sehen, sondern: „Der Weltkapitalismus ist reif für seinen Untergang. Er zeigt nur diese Perspektiven: Weltkrieg oder proletarische Weltrevolution.“ Und dies nicht, um mit Clara Zetkin zu sprechen, „als akademische Doktorfrage, als Frage

grauer Theorie, über die wir in Gemütsruhe diskutieren und philosophieren dürfen.“ Nein, es ist eine ganz konkrete, auf der Tagesordnung stehende Frage. Weil sich diese Frage objektiv stellt! In diesem System geht nichts mehr, aber für den Sozialismus ist alles da. Und Sozialismus – das ist eine Zukunft, die man auch so nennen kann.

4. Und das ist unsere Zukunft:

Die Abschaffung der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen. Das Verschwinden der Unsicherheit der Existenz, der Teilung in Arm und Reich, in Armut und Elend. Dass Krieg und Vernichtung verschwinden. Dass die Menschheit den Sprung vom Reich der Notwendigkeit in das Reich der Freiheit macht.

Oder um mit dem Programm der Kommunistischen Jugendinternationale von 1928 zu sprechen: „Der Weltkommunismus sichert auch der Jugend eine so strahlende Zukunft, dass gegen sie die heutige Lage der vom Imperialismus ausgebeuteten und unterdrückten arbeitenden Jugend wie ein düsterer Schatten oder unglaublicher Traum erscheinen wird.“

Dass man auch etwas tun muss dafür, das wissen wir. Dass es aber nicht die „Massen“ sind, die beginnen, etwas zu tun, das sollten wir auch wissen. Denn so wie Cäsar nicht allein die Gallier besiegte, sondern sicherlich einen Koch dabei hatte, so stehen in der revolutionären Epoche nicht sofort und überall alle Unterdrückten da. Nein. Es waren zwanzig Delegierte aus dreizehn Ländern, die sich am 20. November 1919 in einem Hinterzimmer eines Lokals in Berlin Neukölln trafen, um dort den Gründungskongress der Kommunistischen Jugendinternationale

zu eröffnen und sich dabei als Mitglieder eines Taubenzüchtervereins ausgeben mussten. Es waren schon 6.000, als am 16. und 17. April 1927 in Hamburg der Reichsjugendtag stattfand, bei dem unter anderem eine „Große Hafen Runde“ auf dem Plan stand. Es waren 300, die 1923 einen Kampf um das Allernötigste, einen Kampf um das Brot begannen. Es waren 300, die erreichten, dass „die Arbeiter die Bourgeoisie am Rande des Abgrunds“ (Ernst Thälmann in seinem Tagebuch) sahen. Das war in Hamburg.

„Die Zukunft gehört der Jugend, das ist richtig. Aber was für eine Zukunft das sein wird, das hängt von der Jugend ab, vom Kampfe der Jugend für ihre Zukunft. Das gilt ganz besonders für die werktätige, für die Arbeiterjugend. Sie kann entweder zum Amboss werden, der passiv die Schläge des Lebens erträgt, oder zum Hammer, der freudig eine neue Gesellschaftsordnung gestaltet.“ (Sergej Tjulanow)

Den Hammer – den sollten wir in die Hand nehmen. Wir haben eine Welt zu gewinnen!

Zum Abschluss und zur Einstimmung auf unsere Aktion ein Zitat:

„Immer ging der Weg nach dem Freihafen, bis an die St. Pauli-Landungsbrücken und den Elbtunnel. Immer wieder schaute er auf das Treiben im Hafen ... Er schaute aber auch auf die gegenüberliegende Seite, auf die Werften von Blohm & Voss, ... und sagte: ‚Das alles wird einmal den Arbeitern gehören.‘“

So sagte Ernst Thälmann.

(Anna)



Thesen aus den drei Referaten

I. Es zeichnet sich ab, dass die Weltwirtschaftskrise in die Phase der Depression eingetreten ist. Diese kann Jahre dauern und wird die Widersprüche zwischen den Imperialisten enorm verschärfen. Wir sehen nicht, dass der Imperialismus diese Depression ohne einen dritten großen Krieg überwindet, es sei denn wir überwinden den Imperialismus.

II. Der Notstand der Republik ist weit fortgeschritten. Nun kommt ein grundlegender Umbau der Bundeswehr hinzu, der ein entscheidender Schritt zur Kriegsfähigkeit ist. Von angeblichen Sparzielen lassen wir uns nicht täuschen. Die Hochtechnologisierung zwingt die Herrschenden

dazu die Wehrpflicht auszusetzen und die Zahl der Soldaten zu reduzieren. Dieser Umbau ist eine große Gefahr für unseren Kampf gegen dieses System.

III. Das kapitalistische System hat sich überlebt. Objektiv sind die Bedingungen für den Sozialismus da. Dafür zu kämpfen ist unsere Zukunft.

(Beschluss von den Teilnehmern des IV. Jugendaktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik)

AKTIONEN gegen den Notstand der Republik



Am 8. Mai 2010, zum 65. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus fuhr Punkt 11 Uhr am Kanzleramt ein Zug aus fünf LKWs vor. Zu sehen: Ein erster LKW mit einer Rakete darauf, einem Börsenstier und einem schick gekleideten Bourgeois; ein zweiter LKW, in dessen Führungshaus ein General stand und hinten drauf vermummte schwarze Männer mit Gewehr und Maschinenpistolen. Dann ein Wagen, auf dem zwei kleine Jungen trommelten. Der eine – ein einfacher kleiner Bub. Der andere: Mit Hitlerjugenduniform. Und dann die letzten beiden Wagen: Rote Fahnen, Schilder auf denen „Nie wieder Faschismus, nie wieder Krieg“ steht, Arbeiter und Jugendliche. Aus Richtung Hauptbahnhof kam die Kanzlerin und kletterte auf die Rakete. So fuhr der Zug durch Berlin: Auf die Rampe des Reichstags, auf den Alex, über den Hauptbahnhof, bis er schließlich beim Sowjetischen Ehrenmal ankam und einen Kranz niederlegte: Zu Ehren der sowjetischen Armee.

Zu Ehren den Befreier vom Hitlerfaschismus. Das war die Generalprobe des Zugs „Klassenkampf statt Weltkrieg“. Die Generalprobe! Denn dieser Zug hat einiges vor sich. Nächstes Jahr, am 8. Mai 2011, wird dieser Zug erneut in Berlin sein und auf eine größere Reise gehen. Der Aktionszug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ wird von Berlin aus seinen Weg durch ein schon vom deutschen Imperialismus annektiertes Land nehmen, durch die DDR. Er wird von dort in die Tschechische Republik fahren und damit in das Land, das das letzte Opfer der deutschen Aggression bei der Vorbereitung des Zweiten Weltkriegs war. Er wird dann weiter nach Polen fahren und damit in das Land, das am 1. September 1939 das erste Opfer bei der Durchführung des Zweiten Weltkriegs wurde. Schließlich wird er den Weg der Roten Armee über die Seelower Höhen zurück nach Berlin nehmen, den Weg der Befreiung.

Wieso, wozu, weshalb, fragst Du Dich?

Diese BRD und ihre Herrschenden, sie führen wieder Krieg. Sie rüsten ihren Staat um: Zu einem kriegsfähigen Staat. Sie nehmen uns unsere Rechte und unterdrücken andere Völker. Und ihre Krise und ihre Depression wird zu noch mehr Ausbeutung, Raub und Krieg führen. Das



Gegen den deutschen Weltkrieg – Für die Einheit über die Grenzen hinweg!

Der Weg des Aktionszugs „Klassenkampf statt Weltkrieg“ im Jahr 2011

Von Berlin aus, also einer Stadt, von der der letzte deutsche Weltkrieg ausging und die den nächsten mit ihrer Auslöschung bezahlen würde, zieht der Zug nach Potsdam, Stadt des preußisch-deutschen Militarismus und des neuen völkerrechtswidrigen Generalstabs. Hier gruben im Mai 2006 Veteranen des Kriegs gegen Hitler den deutschen Soldaten aus Brechts „Legende vom deutschen Soldaten“ am Platz der ehemaligen Garnisonkirche wieder aus und nahmen ihn mit sich. Denn sie trauten den Deutschen nicht.

Der Zug kommt nach Berlin zurück und zwar zum sowjetischen Ehrenmal.

Nach Gdansk, eine polnische Stadt, die, als sie noch Danzig hieß, von Hitlerdeutschland zum Anlass für den zweiten der Weltkriege gemacht wurde. Mit den Salven des Schlachtschiffs „Schleswig-Holstein“ auf die Westerplatte vor Danzig endet im Morgengrauen des 1. September 1939 die Vorgeschichte des zweiten der Weltkriege. Gdansk war aber auch - bis in den Krieg hinein - die Stadt der organisierten Verbrüderung und Zusammenarbeit deutscher und polnischer Antifaschisten und Revolutionäre.

Nach Leipzig, das wegen der Liquidierung des anderen Deutschland sowie der west-deutsch organisierten Herstellung von Helden der Annexion, der Kriegsvorbereitung gegen andere Völker und des eigenen Untergangs als „Heldenstadt“ bezeichnet wurde. Auf den vorangegangenen Demonstrationen wurde die schwarz-rot-goldene Fahne mit den Hoheitsabzeichen der BRD gezeigt, ebenfalls auf Schwarz-Rot-Gold das Deutschland in den Grenzen von 1937, also mit dem ganzen westlichen Teil Polens, und die Reichskriegsflagge.

Über Poznan, das früher Posen hieß (und das immer mehr wieder so nennen). „Es lebe der gemeinsame Kampf des deutschen und polnischen Proletariats gegen Hunger, Faschismus und imperialistische Kriege“ - das hatte auf den Flugblättern gestanden, über deren Verbreitung sich die Abteilung Sicherheit der Wojewodschaft Poznan im Februar 1933 so bitter beklagte. Nach Bydgoszcz, das früher Bromberg hieß (und das immer mehr wieder so nennen).

Über Gubin und Guben, wo 1998 deutsche Truppen auf polnischem und polnische Truppen auf deutschem Boden vereidigt wurden, nach Slubice. Der Zug hält eine Kundgebung auf dem Platz, auf dem ein Denkmal an die Befreiung Polens im Großen Vaterländischen Krieg der UdSSR erinnert.

Von Leipzig nach Dresden, dessen Bevölkerung mit dem Verlust der Stadt bezahlte, dass das deutsche Volk nicht wie das tschechische oder das polnische gegen die Nazibarbarei aufstand.

Nach Prag, also in die Stadt, die der erste Zufluchtsort so vieler deutscher Antifaschisten war. Hier wurde mit der Freien Deutschen Jugend eine der Organisationen gegründet, die heute mit „Klassenkampf statt Weltkrieg“ vor einer Wiederholung der Geschichte warnen. Von deutschen Arbeitern geschrieben, von tschechischen Arbeitern gedruckt, von polnischen Arbeitern verteilt - von Prag aus wurden die Flugblätter gegen den Hitlerkrieg nach Polen geschmuggelt. Hier hatten 30.000 Arbeiter Prags in der Nacht vom 5. auf den 6. Mai 1945 1600 Barrikaden errichtet und den Aufstand gegen die faschistische Wehrmacht begonnen.

Von Prag in die Republik Polen, nach Zgorelec, in dessen deutscher Nachbarstadt Görlitz der Oberbürgermeister 1998 den wahren Zweck der Euroregionen an den Grenzen Polens und der Tschechischen Republik erklärte, nämlich die Landnahme und die Auflösung der Grenzen: „Natürlich wollen wir wieder eine Stadt werden - mit einem Rathaus, einem Bürgermeister.“ Die Losung der Arbeiter dagegen hatte der deutsch-polnisch-tschechische Freiheitskongress vom Januar 1933 verkündet: „Drei Länder, eine Fahne, ein Feind, ein Kampf, ein Sieg!“

muss jeder wissen. Und deshalb sagt das der Zug mit seinen ersten Wägen. Und zeigt damit, wohin es führt, wenn wir die Herrschenden gewähren lassen. Das ist aber nur die eine Seite. Denn die Zukunft selbst in die Hand zu nehmen und die Herrschenden nicht gewähren zu lassen: Das ist die andere Möglichkeit.

Bist Du gegen Krieg?

Dann steig auf den Zug auf. Bist Du gegen die Ausbeutung anderer Länder? Dann steig auf. Willst Du eine Zukunft? Dann steig auf.

Anders, als dass wir den gemeinsamen Kampf aufnehmen und gemeinsam mit den Jugendlichen anderer Länder kämpfen, anders

geht's nicht. Aber mit jedem, der eine friedliche Welt will, geht's!

Deshalb fahr mit und sei dabei, wenn der Zug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ losfährt. Sei dabei, wenn wir gemeinsam den Zug vorbereiten und diesen bekannt machen. Wenn wir Schilder basteln und Transparente malen. Anfang 2011 wird der Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik wieder Aktionswochenenden wie in Hamburg (siehe Bericht dazu) durchführen. Mach mit!

Infos zu Ort und Datum bekommst Du unter: www.jugendkongress-ndr.de oder über info@jugendkongress-ndr.de

(Anna)

Bundeswehr-Einsatz im Wendland

Die Antwort des Bundesinnenministeriums vom 22. Oktober 2010 auf eine Anfrage des Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele (Bündnis 90/Die Grünen) hatte am 26. Oktober eine Pressemitteilung der „Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg e.V.“ mit dem Titel „Bundeswehr gegen Castor-Demonstranten?“ zur Folge. Die Bundeswehr hatte Anträgen des niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport und des Bundesministeriums des Inneren nach Unterstützungsleistungen im Rahmen der Amtshilfe (Artikel 35 Absatz 1 des Grundgesetzes) stattgegeben. Noch am selben Tag ließ ein Sprecher des Ministeriums Folgendes verlautbaren: „Die Bundeswehr unterstützt die Bundespolizei durch Bereitstellung von Unterkünften, Hubschrauberlandeplätzen sowie Park- und Unterstellmöglichkeiten für Fahrzeuge und Großküchenausstattung. Die Nutzung bundeseigener Liegenschaften erfolgt aus Kostengründen. Aufgaben im polizeilichen Einsatzgeschehen wird die Bundeswehr nicht wahrnehmen. Dies ergibt sich bereits aus der verfassungsrechtlichen Trennung von Polizei und Bundeswehr. Daher sind weder Einsatzkräfte

Amtshilfe – bei Unterkünften, Feldküchen und Hubschrauberlandeplätzen.“

Doch vor der Lüge kommt der Einsatz?

Während der Proteste gegen den Castor-Transport soll im „polizeilichen Einsatzgeschehen“ nun doch der Fleckfarn der Bundeswehr gesichtet worden sein. So hieß es in einer Pressemitteilung des Bundesvorstandes der Roten Hilfe vom 08.11.2010: „Auch Pionierpanzer der Bundeswehr wurden von Augenzeugen im Einsatzgebiet gesichtet.“ Erinnerungen an G8 in Heiligendamm kommen hoch.

Der Bundestagsabgeordnete Hans-Christian Ströbele (Bündnis 90/Die Grünen) forderte Aufklärung von der Bundesregierung: „Nun muss rückhaltlos die ganze Wahrheit auf den Tisch. Die Bundesregierung muss dem Parlament und der Öffentlichkeit unverzüglich und vollständig mitteilen, wie die Bundeswehr, die laut Grundgesetz im Inland grundsätzlich nicht eingesetzt werden darf, anlässlich der Castor-Proteste aktiv geworden ist. Tiefflieger, Panzerwagen und Infrarotbilder der Bundeswehr dürfen nicht zum beliebigen Einsatz-Instrumentarium gegen Bürger-Widerstand werden.“

Am 04.11.2010 war in der Berichterstattung des heute journals der Einsatz von Bundeswehr und Polizei zu sehen:



der Bundeswehr angefordert worden, noch ist deren Einsatz geplant.“ Als wenn die Bereitstellung von bundeswehreigenen „Liegenschaften“ etc. nicht schon eine Zusammenarbeit zwischen Armee und Polizei wäre. So war die Überschrift eines Artikels von Matthias Monroy auf www.heise.de (28.10.2010) schön passend gewählt: „Wasserwerfer parken in der Kaserne“. Fast schon traurig scheint das Innenministerium zu sein, dass „bereits“ die Verfassung dafür sorgt, dass die Bundeswehr im „polizeilichen Einsatzgeschehen“ nicht mitspielen darf. Aber wenigstens ist der andere Teil des Bundeswehreinsetzes im Innern schon Routine, wie Robert von Lucius in der FAZ am 05. November schreiben konnte: „Wie gewohnt leistet auch die Bundeswehr der Polizei wieder

Am 12.11.2010 folgte eine weitere Pressemitteilung: „Auch der Einsatz von Bundeswehr im Zuge des Castor-Transportes wird vom Verteidigungsministerium immer noch abgestritten. Bewegungen von Bundeswehrfahrzeugen und -flugzeugen, die von DemonstrantInnen beobachtet wurden, stünden in keinem Zusammenhang mit dem Castoreinsatz.“ Diese Haltung des Kriegsministeriums bestätigte sich in einem Artikel auf der Internetpräsenz von n-tv am 11.11.2010: „Auf Anfrage Ströbeles räumte das Verteidigungsministerium zudem ein, dass sowohl ein Panzer als auch ein Tornado sich während des Castor-Transportes in der Region befunden haben. Wie die taz berichtet, soll es sich dabei aber jeweils um Ausbildungsfahrten oder -flüge gehandelt haben.“

Stimmt nun die Behauptung in einer Pressemitteilung der LINKEN-Bundestagsabgeordneten Inge Höger, Ulla Jelpke, Kornelia Möller und Andrej Hunko und des parlamentarischen Geschäftsführers der LINKEN-Landtagsfraktion NRW vom 07.11.2010? Dort hieß es: „Der heutige Tag zeigt: Der Castor muss durchgeknüppelt werden. Die Bundeswehr stellt Panzer gegen Demonstranten bereit, die Grund- und Freiheitsrechte sind im Wendland außer Kraft gesetzt.“ Auf jeden Fall war laut einem internen Bericht der Polizei zum Einsatz französischer CRS-Polizeinheiten beim Castor-Transport „das BVK [„Bezirksverbindungskommando“] Lüneburg rund um die Uhr mit einem Verbindungsoffizier im Stabsbereich 3 der GEL [Gesamteinsatzleitung] vertreten, um in logistischen Fragen die notwendigen Absprachen mit der Bundeswehr durchzuführen. Dies hat sich insbesondere am 07. November 2010 im Zusammenhang mit dem Nachführen zusätzlicher Kräfte aus den Ländern bewährt.“ Das ist

Bestätigung genug für den verfassungswidrigen Einsatz des „Heimatschutzes“ im Innern – direkt im Kopf der Einsatzführung im Wendland.

Zu möglichen Tornadoeinsätzen ist im Monroy-Artikel zu lesen, dass das Verteidigungsministerium Wert darauf lege, „dass keine Tornado-Flugzeuge zur Aufklärung genutzt würden. Anwohner hatten indes in der letzten Zeit eine auffällig höhere Frequenz militärischer Überflüge registriert. Hierzu erklärt das Ministerium, das (einzige) Aufklärungsgeschwader ‚Immelmann‘ führe just im Moment ‚einen normalen Ausbildungs- und Übungsflugbetrieb, durch.“ Na, so ein Zufall.

Dass die illegalen Bundeswehreinmärsche im Inland in den nächsten Jahren noch ausgeweitet werden sollen, droht uns Brigadegeneral Geppert: „Die Zivil-Militärische Zusammenarbeit im Innland (sic) wird auch in einer neuen Bundeswehr-Struktur eine wichtige Rolle einnehmen.“

(German)

Bundeswehr raus aus der Schule!



Das neu gegründete Kölner Bündnis „Bundeswehr raus aus der Schule“ – bestehend aus BezirksschülerInnenvertretung (BSV) Köln, SDAJ, Grüne Jugend, Bundeswehr wegtreten, DGB-Jugend, SJD – Die Falken, DIDF, Vertretern des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik u.a. – hat in den letzten Wochen seine ersten Aktionen durchgeführt. Ins Leben gerufen wurde das Bündnis von der Bezirksschülervertretung Köln mit dem Ziel, konkret gegen die Einmischung der Bundeswehr an Schulen und die Kooperationsvereinbarung zwischen Bildungsministerium und Bundeswehr in NRW auf die Straße zu gehen. Aktionsideen, ein eigener Flyer, ein neues Logo und vieles mehr sind in Arbeit. Das Bündnis setzt sich aus verschiedensten Kölner Jugendorganisationen und -gewerkschaften zusammen. Bei einer ersten Aktion wurde mitten in der Kölner Innenstadt, in einer belebten Shopping-Meile, eine der typischen Werbe-Methoden der Bundeswehr an den Schulen dargestellt. Auf dem Boden sitzende „Schüler“ wurden von einem Jugendoffizier und ihrer Klassenlehrerin

über die Vorzüge der Bundeswehr belehrt. Die Schüler hielten Plakate mit Fakten zu Einsätzen der Bundeswehr an Schulen, offiziellen Werbeauftritten etc. hoch, der Jugendoffizier referierte in einer laut vorgetragenen Rede über die moderne Bundeswehr, ihr Aufgabenfeld in der Gesellschaft und die todsicheren Zukunftsmöglichkeiten für Schüler. O-Ton:

„Liebe Schülerinnen und Schüler, liebe Klasse 8b, liebe Frau Schmidt, ich bin heute hier in der Gesamtschule Köln-Neumarkt, um euch einen wichtigen Part der Gesellschaft näher zu bringen: Die Bundeswehr. Ihr seid junge und verantwortungsbewusste Menschen, auf euren Schultern liegt die Zukunft unseres wundervollen Landes. Und deshalb braucht euch mein Arbeitgeber, die Bundeswehr. In den letzten Jahrzehnten hat sich das Aufgabenfeld der Bundeswehr enorm verändert. Es kann nicht mehr wie früher zwischen Kriegs- und Friedenszeiten unterschieden werden. Vielmehr ist die Bundeswehr heute im permanenten Einsatz. Die Verteidigung unserer Nation findet rund um die Uhr statt. Und dafür, meine lieben Schülerinnen und Schüler, werdet ihr gebraucht.“

Das Laufpublikum, durch die Aktion am Shoppen gehindert, reagierte interessiert, unwissend und positiv.

Doch dabei wird's natürlich nicht belassen, weitere Aktionen sind geplant und noch mehr Bündnispartner werden gesucht!

(Lisa)

MATERIAL zum Notstand der Republik

Vom JAA herausgegebene Broschüren

Broschüre vom Jugendkongress – Notstand der Republik in Berlin am 12. und 13. Mai 2007

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Der Staat
- Besonderheiten deutscher Demokratie und die besondere Aggressivität des deutschen Imperialismus
- Die Zentralisierung und Zusammenlegung der Gewaltenapparate
- Der Heimatschutz und der Einsatz der Bundeswehr im Inneren
- Die fließenden Grenzen zwischen innerer und äußerer Sicherheit
- Die Hartz-Gesetze und deren Auswirkung auf die Jugend

Broschüre vom Aktivistentreffen des Jugendaktionsausschuss - Notstand der Republik in Nürnberg am 2. und 3. Februar 2008

Aus dem Inhaltsverzeichnis:

- Zu den Ursachen des Notstands
- Mit den Gewerkschaften gegen den Notstand
- Der Kampf gegen die Notstandsgesetze in den 60er Jahren und was 40 Jahre danach daraus wurde
- Aktiv gegen den Heimatschutz!
- Die Demonstrationen vom 3. November 2007

Preis je Broschüre: 2,00€. Bestellung unter Angaben von Liefer- und Rechnungsanschrift bitte an: Info@Jugendkongress-NdR.de

Weitere Materialien vom Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik, sowie alle bisher erschienen Infobriefe befinden sich auf der

Homepage (www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de) und können von dort aus auch bestellt werden.



ANHANG

- Flugblatt des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik für das IV. Jugendaktivistentreffen in Hamburg
- Flugblatt des Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik für den Antikriegstag 2010
- Beschluss des Bundesausschuss von SJD – Die Falken zur Antimilitaristischen Arbeit

Die Krise ein Sommermärchen

Die Krise ist noch gar nicht vorbei, schon wird hier positive Bilanz gezogen. Deutschland ist gestärkt - WIR sind gestärkt - aus dieser Krise hervorgegangen, jubeln unsere Kapitalisten. Sie mit Sicherheit, denn genug andere sind dabei draufgegangen. Wir jubeln aber mit Sicherheit nicht. Wir sind diejenigen, die durch Verzicht dafür gesorgt haben, dass diese Krise für Deutschland zum Sommermärchen wurde. Und wir sind diejenigen, die dieses Märchen des glücklichen starken Kapitalismus nun früher oder später blutig verteidigen sollen.

Die Großkonzerne und Banken haben es geschafft auch in der Krise ihre Gewinne zu sichern, das ist richtig. Sie haben es geschafft, dafür liegen selbst die offiziellen Arbeitslosenzahlen heute bei 800000 mehr als vor der Krise. 800000 Arbeitslose, das sind 800000 Familien mehr, die plötzlich nicht mehr wissen wie sie nächsten Monat die Miete zahlen sollen, die sich fragen müssen, ob ein Auto wirklich nötig, ein Urlaub wirklich wichtig, ein Ausflug ins Schwimmbad oder ins Kino tatsächlich finanzierbar ist. Bei einer deutschen Durchschnittsfamilie mit 1,6 Kindern, sind das 2,9 Millionen Menschen, davon 1,3 Millionen Kinder. Die können sich in die anderen ca. 2 Millionen Kinder einreihen deren Eltern schon zu den blühenden Zeiten der Hochkonjunktur von Hartz IV leben mussten und die angeblich bis zu einem Alter von 6 Jahren, von 2,54 € am Tag satt zu kriegen sind.

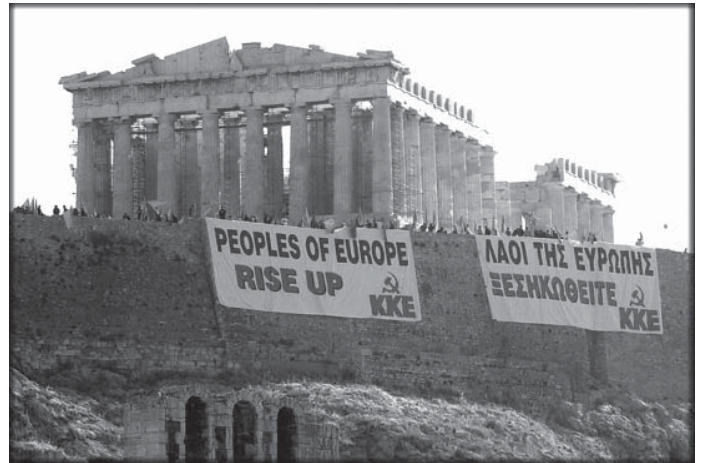
Die noch Arbeit haben dürfen sich freuen, aber auch die mussten den allzu oft bemühten Gürtel wieder einmal enger schnallen. Sparpakete in den Unternehmen sorgten für Lohneinbußen von bis zu 30%, sorgten für die Streichung von Urlaubs und Weihnachtsgeld, sorgten für unbezahlte Mehrarbeit, sorgten für weniger Pausen, sorgten für eine Verdichtung der Arbeit für jeden einzelnen.

Die Entlassungen haben kaum aufgehört, an den Folgen der Sparpakete zehren wir noch, da kommen die Raubmaßnahmen der Regierung gleich hinterher. Museen werden geschlossen, Schwimmbäder, Bibliotheken und Kulturzentren. Es wird gestrichen an den Schulen, an den Kindertagesstätten und an den Universitäten. Irgendwoher müssen die Milliarden ja kommen die die Regierung den Banken in den Rachen geworfen hat.

Wenn also Banken und Großbetriebe gestärkt aus der Krise hervorgehen, dann deswegen, weil sie sich ihr Geld von uns geholt haben und jetzt holt sich die Regierung den Rest.

Tatsächlich ist aber die Krise noch gar nicht wirklich vorbei. Also all die Jubelrufe und die Hoffnung vieler, dass es jetzt überstanden ist und man nun bald zu den Zuständen von vor der Krise zurückkehren kann, sind vergebens.

Denn was diese Krise weltweit zurückgelassen hat, ist eine un-



geheure Zahl verarmter Menschen. Schon die Ursache für die Krise war, dass viel mehr produziert wurde, als gekauft werden konnte. Jetzt wo weltweit Millionen Menschen ihren Job und damit ihre Existenzgrundlage verloren haben, sieht die Situation nicht besser aus. Im Gegenteil. Warum schreit s dann grad aus allen Ecken Aufschwung? Sogar die Arbeitslosenzahlen sinken wieder. Weil genauso tausende Unternehmen pleite gegangen sind und sich somit die übriggebliebenen um die wenigen frei gewordenen Märkte kloppen können. Dazu gehört auch, dass es wieder ein paar mehr Arbeiter braucht, aber keine festen Mitarbeiter. Die sinkenden Zahlen sind noch mehr Leiharbeitern zuzuschreiben als vor der Krise. Heute bekommt nur der allergeringste Teil wieder einen festen Job. Ungelernte also Jugendliche noch weniger. Aber auch mit der Leiharbeit ist nicht lang zu rechnen, denn die frei gewordenen Märkte sind so gering, dass das kloppen nicht lange dauern wird, was dann folgt, kennen wir von der letzten Krise 1929. Eine jahrelange Depression. Eine Depression wo minimal produziert wird, für das Minimum, das die Leute kaufen können. Und keine Besserung in Sicht, denn für einen richtigen Aufschwung gibt es keine Grundlage, der kann nur kommen, wenn sich große neue Märkte ergeben, wie 1990 durch den Zusammenbruch der Sowjet Union, wie 1945 nach Ende

des zweiten Weltkriegs. Nach einer solchen Zerstörung, da muss allerdings wieder aufgebaut werden. Und damit scheint auch der Ausweg aus dieser Krise vorgegeben.

Diejenigen die diese Krise überlebt haben, müssen nun zuerst dafür sorgen, dass sie auch die Verarmung der Menschen im Nachhinein überleben.

So steigt die Konkurrenz um die verbliebenen Märkte und um den freien Zugang zu Rohstoffen ins Unermessliche. Die Methoden den Konkurrenzkampf zu gewinnen, werden immer härter. Sie gehen über von wirtschaftlichen Erpressungen, und kleinen Scharmützeln in den offenen Krieg!

Noch im Mai diesen Jahres musste Bundespräsident Horst Köhler zurücktreten, weil er festgestellt hat, dass die Bundeswehr auch zur Sicherung des Zugangs zu Rohstoffen eingesetzt werden kann, was dem Grundgesetz widerspricht. Am 26. August, gerade ein viertel Jahr später, forderte die deutsche Industrie und Handelskammer, dass die Bundeswehr umgebaut werden muss, zu einer Armee, die weit mehr als die bisherigen popeligen 8000 Soldaten im Auslandseinsatz haben soll, um mehrere Kriegseinsätze gleichzeitig für wirtschaftliche Interessen wie die Sicherung von Rohstoffen und den freien Zugang zu weltweiten Märkten zu führen. Angesichts der Krise gibt es hierzu keinen Widerspruch mehr.

Im Gegenteil, der Umbau von einer Wehrpflichtarmee zu einer Berufsarmee ist bereits im Gang. Die Vorteile sind schon lange bekannt: eine Armee die sich permanent im Focus der Öffentlichkeit befindet, weil sich ein Großteil der männlichen Bevölkerung zwangsläufig mit ihr auseinander setzen muss,

Die Krise schafft Gewinner und Verlierer. Die Gewinner kennen wir nun. Verlierer sind in jedem Fall die Arbeiter aller Länder. Doch auch die unterschiedlich. Während die einen ihre Existenz verlieren, verlieren die anderen ihren Überlebensinstinkt. Der Kampf gegen die Krise kann die Lage der Arbeiter nur verbessern. Der Kampf der deutschen Arbeiter, kann die Lage aller Arbeiter verbessern, da Deutschland der größte Gewinner der Krise ist und die größte Bedrohung darstellt, für alle anderen Völker. Es ist ein Trugschluss zu meinen, wenn man still hält und sich duckt wird man nicht gefressen, das tot stellen aus dem Tierreich funktioniert hier nicht. Tot stellen heißt hier für die Arbeiter in Deutschland, anderen den Tot bringen. Wenn die Krise und ihre Verursacher nicht beseitigt werden, dann haben wir es zwangsläufig auch mit ihren Folgen zu tun, die da heißen Krieg und Barbarei.

Diese Krise stellt eine Frage ganz konkret: können wir weiter dulden täglich neu den Kampf um unsere Existenz zu führen und meist zu verlieren? Oder ist es an der Zeit die Grundlage für diese Krisen und die Bedrohung unserer Existenz zu beseitigen? Ist es möglich hier in der BRD weiter still zu halten, sich weiter tot zu stellen und zu hoffen, dass man überlebt, während Millionen anderer kämpfen, oder ist es hier an der Zeit ebenfalls aufzustehen?

Wenn die griechischen Arbeiter fordern: People of Europe – rise up! Was antworten wir dann?

Unsere Antwort muss sein: Es lebe die internationale Solidarität und weg mit Krise, Krieg und Barbarei!

Daher kommt zahlreich zur Kundgebung und beiteiligt euch an unserem Kampf!

Die Kundgebung findet am Samstag, den 23. Oktober, um 15 Uhr im Hamburger Hafen (auf der Hochetage nahe Landungsbrücke 10 auf Höhe des Infopoints des öffentlichen Fußwegs der Hochwasserschutzanlage) statt.

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de • Mail: info@Jugendkongress-NdR.de
Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser

Unsere Zukunft ist nicht Krise, Krieg und Barbarei KLASSENKAMPF statt WELTKRIEG Für die internationale Solidarität

muss sich für all ihre Handlungen rechtfertigen. Gemetzel an Afghanischen Zivilisten bleiben nicht unentdeckt, wenn auch meist unbestraft. Einsätze die gegen das Grundgesetz verstoßen, werden zumindest bekannt, wenn auch nur selten verhindert.

Eine Berufsarmee überwindet die Grenze der öffentlichen Aufmerksamkeit und kann sich vollends auf grundgesetzwidrigem Boden bewegen, und nebenher lassen sich die Soldaten viel intensiver ausbilden, ist also bestens geeignet um Deutschland eben nicht zu verteidigen, sondern den neuen Anforderungen gerecht zu werden. Die lassen sich zusammenfassen mit Wahrung und Durchsetzung der Interessen der deutschen Wirtschaft. Wo, wann, wie und so schnell und effektiv wie es gewünscht wird.

Und wenn das nicht mehr reicht, weil die Depression keine wirtschaftlichen Mittel kennt um überwunden zu werden, dann wird es wieder einmal nötig große neue Märkte zu erschließen. Da es die heute nicht mehr gibt, denn die Welt ist bereits erschlossen und weitestgehend aufgeteilt, muss wieder einmal erst zerstört werden, bevor wieder aufgebaut werden kann.

Das ist das was uns blüht:

Es soll nicht bei solchen Kleinstkriegen wie Afghanistan bleiben. Kleinstkriege die bereits Über 3 Milliarden Euro gekostet haben, die 44 deutschen Soldaten, aber über 40 000 afghanischen Zivilisten das Leben gekostet haben. Bei solchen Spielereien soll es nicht bleiben. Deutschland bekennt sich wieder offen zu seiner Weltmachtrolle und fühlt sich, angesichts dessen wie glücklich es aus der Krise kam, darin bestärkt!

**BETEILIGE DICH AN DER INTERNATIONALEN
ANTIKRIEGSAKTION:
„KLASSENKAMPF STATT WELTKRIEG“**

„Das Begräbnis oder DIE HIMMLISCHEN VIER“ wird zum 66. Jahrestag der Befreiung vom Hitlerfaschismus erneut auf der Straße sein: Ein Aktionszug aus fünf Lkws wird am 8. Mai 2011 starten und durch drei Länder ziehen, um dort über den deutschen Kriegstreiber aufzuklären und vor ihm zu warnen. Der Zug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ zieht von Berlin, über Leipzig und Dresden in die Tschechische Republik. In Prag auf dem Wenzelsplatz hält er eine Kundgebung ab. Über Zittau wird der Zug nach Polen kommen. Mehrmals wechselt der Zug über die deutsch-polnische Grenze, bis er hinter Kostrzyn der Strecke folgt, die die Rote Armee nahm, als sie 1945 die Völker der Welt vom Hitlerfaschismus befreite.

Wenn der Aktionszug „Klassenkampf statt Weltkrieg“ seinen Weg durch ein schon vom deutschen Imperialismus annektiertes Land nimmt, von dort in die Tschechische Republik fährt und damit in das Land, das das letzte Opfer der deutschen Aggression bei der Vorbereitung des zweiten Weltkriegs war.

Wenn der Zug dann nach Polen fährt, und damit in das Land, dass am 1. September 1939 das erste Opfer bei der Durchführung des zweiten Weltkriegs wurde.

Dann erinnert er an die Verbrechen des deutschen Imperialismus. Und er warnt vor dem wiedererstarkten Deutschland. Vor allem ist er eine Kampfansage gegen die Vorbereitung eines neuen Weltkriegs.

Denn ist es nicht eines der besten Mittel, diesen Kampf über alle Grenzen hinweg zu führen, sich international die Hand zu reichen und sich zusammenzuschließen.

Informationen auch unter www.himmlichevier.de!

Und sehen wir denn heute nicht, dass die Weltwirtschaftskrise, die noch lange nicht ausgestanden ist, die Kapitalisten dazu zwingt, ihr Überleben mit allen Mitteln zu sichern, dass der Nationalismus, auch durch die Fußball-WM massiv geschürt wird, dass laut und deutlich das Militär zur Durchsetzung deutscher Wirtschaftsinteressen genannt wird. Ist das mal wieder vielen Deutschen nicht Warnung genug? So manchen hört man sagen, die Welt hätte sich seit dem II. Weltkrieg verändert, man hätte dazu gelernt, so etwas könnte nicht noch einmal geschehen. Doch ist das wirklich richtig? Würden wir nationalistische Hetze sofort erkennen? Würden wir der offenen Kriegsvorbereitung sofort einen Strich durch die Rechnung machen?

Würden wir merken ...

...Warum tun wir es dann nicht ???

Der 1. September ist nicht nur ein Tag des Erinnerns an die gewaltigen Verbrechen, die von Deutschland aus begangen wurden, sondern auch ein

Deutschland führt schon wieder Kriege. Heute sind die weit weg in Afghanistan und heißen „umgangssprachlich Krieg,“ lieber aber „Friedens erzwingende Maßnahme“, „Anti Terror Einsatz“, oder „Aufbaueinsatz“. Und schon wieder belügen wir uns selber, wenn wir glauben, dadurch dass dort Bomben fallen, sei auch nur einem einzigen Afghanen oder Deutschen geholfen. Und wenn vor 70 Jahren z.B. gegen die Franzosen gewettert wurde, weil die vom letzten Krieg noch soviel Geld von Deutschland verlangten, weswegen es völlig gerechtfertigt war, dass man dort ein paar Panzer hinschickt und Dörfer und Städte niederbrennt und Menschen sterben müssen, so sind es heute die Griechen, die „uns alle in den Ruin treiben mit ihrer Faulheit und Dekadenz, für die jetzt der deutsche Steuerzahler aufkommen muss.“

Griechenland kennt fast jeder aus dem Urlaub, jeder weiß, dass dort ganz normale Menschen leben, Arbeiter und Jugendliche, mit Brüdern, Schwestern, Kindern und Eltern, die arbeiten müssen, damit sie eine Wohnung haben, was zum anziehen und was zu essen. Jeder weiß es und doch geht ein Aufatmen und ein Aufschrei durch dieses Land, wenn mit Griechenland endlich ein Schuldiger für unsere Scheißlage gefunden ist. Weil es viel einfacher ist, als sich umzuschauen, woran es wirklich liegt, weil man den Kriegstreibern so gern auf den Leim geht.

Gerade deshalb sind wir darauf angewiesen, selber zu denken und zu erkennen, dass es schon wieder so weit ist, dass wir schon wieder Kriege für die deutsche Flagge, die endlich wieder gezeigt werden darf, führen sollen oder dass die deutsche Nationalhymne mit einer Inbrunst gespielt wird.

Wenn man dem nicht zusehen will und wie die Lämmer zur Schlachtbank laufen will, dann gibt's nur eine Lösung:

Sich zusammenschließen gegen Kriegsgefahr, Militarismus und Nationalismus, über Organisationsgrenzen hinweg!



Nie wieder Faschismus! Nie wieder Krieg!

Tag des Überprüfens dieser Fragen und ein Tag des Kampfes. Heute? Ja, gerade heute!



WER IST DER JUGENDAKTIONSAUSSCHUSS – NOTSTAND DER REPUBLIK?

Am 12. und 13. Mai 2007 fand in Berlin der Jugendkongress – Notstand der Republik statt. Über 80 Jugendliche aus verschiedensten Organisationen und der Gewerkschaftsjugend trafen sich dort, um zu prüfen, was in diesem Land vor sich geht. Dabei stellten wir fest, dass die Regierenden eine Reihe von Maßnahmen getroffen haben, welche die Demokratie in diesem Land gefährden, deswegen sprechen wir vom Notstand der Republik. Wir beschlossen, dieser Entwicklung unseren Widerstand entgegen zu stellen und gemeinsam, ob Sozialdemokrat, Kommunist, Gewerkschafter oder Antifaschist, ob West oder Ost gegen den Notstand der Republik zu kämpfen! Dafür richteten wir den Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik ein, der Demonstrationen organisiert, große Aktivistentreffen veranstaltet und Aktionen durchführt.

Du willst mitmachen?

Dann melde Dich unter info@jugendkongress-ndr.de.

Oder in Deiner Stadt:

Bremen: marlene.stanschus@arcor.de, 017664355284;
Köln: Koeln-gegen-notstand@web.de, 017623233235;
Frankfurt/Main: sandy-ruhland@hotmail.de;
Sachsen: marina@FDJ.de, 01746923274;
Regensburg: haas_jan@gmx.de
Nürnberg: himmlische-vier-nbg@freenet.de
Berlin: berlin-gegen-notstand@web.de, 01771908357

V.i.S.d.P.: Julia Nanninga, Am Hulsberg 37, 28205 Bremen

Jugendaktionsausschuss – Notstand der Republik

www.Jugendkongress-Notstand-der-Republik.de • Mail: info@Jugendkongress-NdR.de
Spenden: Postbank Essen, Konto-Nr.: 415845435, BLZ: 36010043, M. Wildmoser

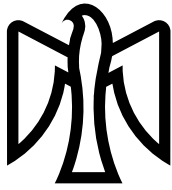
Es ist an der Zeit!

Deutschen Kriegstreibern das Handwerk legen!

„Seit 5.45 Uhr wird zurückgeschossen!“ Mit dieser Lüge wurden die Deutschen am 1. September 1939 aus dem Radio über den Überfall auf Polen informiert. Dies war nicht die erste Lüge, auf die sie hereingefallen waren. Nein, die Soldaten, die den von der SS inszenierten Angriff auf einen deutschen Radiosender in Gliwice in Oberschlesien „abwehren“ sollten, sind an diesem Tag nicht zum ersten Mal belogen worden. Zuvor schon, als sie sich ihre Uniformen für's deutsche Vaterland anzogen, als sie für Volk, Reich und Führer ihre Familien verließen, als sie sich schworen, notfalls für den Erhalt der arischen Rasse in den Tod zu gehen, wollten sie die Lüge nicht erkennen. Und auch diejenigen, die ihre Väter, Brüder und Söhne als Soldaten in den Krieg ziehen ließen, ließen sich belügen. Wussten sie es nicht besser? Waren sie nicht vorgewarnt worden? Haben sie nicht gemerkt, dass das nicht ihre Interessen waren, die sie da verteidigten? Haben sie nicht gemerkt, dass sie die Gewehre auf Väter, Brüder und Söhne genau wie sie richten?



71 Jahre später fällt es immer noch schwer, diese Fragen zu beantworten. Was am 1. September 1939 geschah, wissen wir heute. Wir wissen auch, dass der II. Weltkrieg nicht vom Himmel fiel, sondern lange Zeit vorbereitet wurde. Aber haben wir auch daraus gelernt? 1939 erkannten viele Deutsche die Lügen nicht, oder wollten sie nicht erkennen. Würden sie heute erkannt werden? 1939 konnte jeder, der wollte, sehen, wie die nationalistische Hetze zum Krieg gegen andere Völker trieb, wie der deutsche Imperialismus den Krieg vorbereitete, wie das deutsche Volk gegen die Polen, Franzosen, Engländer usw. aufgehetzt wurde. Würde das heute gesehen werden?



Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken

**Beschluss des Bundesausschusses
im Salvador-Allende-Haus (SBZ)
02. - 03. Oktober 2010**

Betrifft: Antimilitaristische Arbeit

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30

Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken verurteilt die derzeit in Deutschland zunehmende Militarisierung der Gesellschaft und bekräftigt erneut die Wichtigkeit der antimilitaristischen Arbeit auf allen Ebenen des Verbandes.

Die Politik dieses Landes will es so, dass die Bundeswehr mehr und mehr Einfluss auf die verschiedensten Bereiche der Gesellschaft hat. Die Sozialistische Jugend Deutschlands – Die Falken kämpft gegen diese Militarisierung an Schulen, gegen den Einfluss der Bundeswehr auf SchülerInnen und LehrerInnen durch die Jugendoffiziere, gegen die Präsenz der Bundeswehr auf Ausbildungsmessen.

Des Weiteren bekräftigt der Bundesausschuss seinen Beschluss gegen den Einsatz der Bundeswehr im Inneren, denn Militäreinsätze im Inland sind nicht nur grundgesetzwidrig, sondern auch antidemokratisch. Der Einfluss, den die Bundeswehr derzeit in der BRD hat, ist für ein Land, das laut Verfassung nur eine Verteidigungsarmee hat und braucht, darüber hinaus für ein Land, das noch nie von einem Krieg von fremdem Boden bedroht wurde, überflüssig.

Um eine intensivere Auseinandersetzung mit dem Themenfeld Antimilitarismus innerhalb des Verbandes anzustoßen und zur Außendarstellung dieses grundsätzlichen Arbeitsfelds, wird der Bundesverband seine Veranstaltungen nutzen. Als Ergebnis dieses Prozesses soll unter anderem eine grundsätzliche Verbands-Positionierung zu den aktuellen Tendenzen zunehmender Militarisierung in Innen- und Außenpolitik herbei geführt werden. Zusätzlich sollen, z.B. für den Gruppenordner, Hintergrundinformationen und Vorschläge für antimilitaristische Aktivitäten erstellt werden.

angenommen: mit einer Stimme Enthaltung

abgelehnt:

überwiesen:

sonstiges: